

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO
vom 27. bis 31. Mai 2005 in Ljubljana (Laibach), Slowenien

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Deutscher Bundestag:
		<i>Abgeordneter Markus Meckel (SPD), Leiter der Delegation</i>
Teilnehmer der deutschen Delegation	1	<i>Abgeordneter Uwe Karl Beckmeyer (SPD), Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD),</i>
Ablauf der Tagung	1	<i>Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (FDP)</i>
Politischer Ausschuss (PC)	2	<i>Abgeordnete Monika Heubaum (SPD), Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),</i>
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	4	<i>Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD), Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU),</i>
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	7	<i>Abgeordneter Erwin Marschewski (CDU/CSU), Abgeordneter Ruprecht Polenz (CDU/CSU),</i>
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	9	<i>Abgeordneter Helmut Rauber (CDU/CSU), Abgeordneter Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU),</i>
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	13	<i>Abgeordneter Bernd Siebert (CDU/CSU), Abgeordneter Andreas Weigel (SPD),</i>
Ständiger Ausschuss (SC)	15	<i>Abgeordnete Verena Wohlleben (SPD).</i>
		Bundesrat:
Plenarsitzung	16	<i>Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Delegationsleiter</i>
Erklärungen	21	<i>Minister Klaus-Jürgen Jeziorsky (CDU), Sachsen-Anhalt Senator Thomas Röwekamp (CDU), Bremen.</i>
Teilnehmer der deutschen Delegation		Ablauf der Tagung
Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) fand vom 27. bis 31. Mai 2005 in Ljubljana (Laibach), Slowenien, statt.		Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 28. und 29. Mai 2005 statt. Das Plenum tagte am 31. Mai 2005.
Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgenden Delegationen:		Die Eröffnungsrede der Plenarsitzung hielt der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Pierre Lellouche (Frankreich). Ansprachen des Präsidenten der Nationalversammlung Sloweniens H. E. France Cukjati ,

des Außenministers Sloweniens, **Dimitrij Rupel**, des slowenischen Premierministers, **Janez Janša** und des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantischen Bündnisses, **Jaap de Hoop Scheffers** folgten.

Anschließend wurde auf Initiative von Präsident Lellouche die interaktive Präsentation „Black Dawn“ vorgeführt.

Politischer Ausschuss (PC)

I Tagesordnung

Der Politische Ausschuss tagte am 29. Mai 2005 unter dem Vorsitz des Abg. **Markus Meckel** (Deutschland). Hauptthemen der Beratungen waren die sich entwickelnde Rolle der NATO bei Maßnahmen in der Konflikt-nachfolgezeit, die Sicherheitszusammenarbeit von NATO und EU sowie die NATO und die Sicherheit am Per-sischen Golf.

II Generaldebatte zu aktuellen Themen

Der Vorsitzende des Politischen Ausschusses, Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) erläuterte zu Beginn eine Veränderung im Ablauf der Sitzung. Da die Themen der Berichte lange im Voraus festgelegt werden müssten, sei es schwierig auf neue politische Entwicklungen angemessen einzugehen. Daher solle es ab sofort die Gelegenheit zu einer Generaldebatte über aktuelle Themen geben. Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache mit einigen einleitenden Bemerkungen. Im Gegensatz zur Regierungsorganisation NATO habe die Parlamentarische Versammlung immer die gesamte Palette der relevanten sicherheitspolitischen Themen der NATO diskutiert. Für die Zukunft habe die NATO die Wahl, ob sie eine umfassende und starke Allianz oder eine „toolbox“ werden wolle, bei der die jeweilige Mission die Koalition definiere. Der Vorsitzende forderte eine Klarstellung der Beziehung zwischen NATO und EU, die von der Anerkennung von Zypern durch die Türkei abhängen. Er forderte die Türkei auf, in dieser Frage mit den NATO- und EU-Mitgliedern zu kooperieren. Ziel müsse es sein, einen Partnerschaftsvertrag zwischen NATO und EU abzuschließen.

Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) wies auf die ausgeprägte Diskussionskultur der Parlamentarischen Versammlung hin. Er verstehe nicht, warum die Regierungen kontroverse Themen nicht auf die gleiche Weise im NATO-Rat diskutierten. Themen wie das Waffenembargo gegen China und der Umgang mit dem Atomprogramm des Iran müssten in dem Gremium zur Sprache kommen. Der Generalberichterstatter des Ausschusses, Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) versprach, seinen Berichtsentwurf für die Herbsttagung so zu überarbeiten, dass die Frage der Zukunft der NATO im Mittelpunkt stehe. Weiter erklärte er, der Mangel an klaren Vorstellungen für die Zukunft des Kosovo sei ein gutes Beispiel für die Notwendigkeit, die militärischen und zivilen Anstrengungen der NATO besser aufeinander abzustimmen. Abg. **Joel Hefley** (Vereinigte Staaten) widersprach der Einschätzung des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, dass die NATO nicht mehr das zentrale Forum für den transatlantischen Dialog sei. Sie habe nach wie

vor viele Aufgaben und verfüge über deutlich größere militärische Kapazitäten als die EU. Es sei ein schwerer Fehler, die NATO durch die EU ersetzen zu wollen. Abg. **Elmar Brok** (Europäisches Parlament) sah keinen Wettbewerb zwischen den beiden Organisationen, da die NATO auf absehbare Zeit in militärischen Fragen dominant bleibe. Die EU müsse aber ihre Kapazitäten verbessern und in der Lage sein, nach Absprache mit der NATO kleinere Konflikte selbst regeln zu können. Abg. **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) verwies auf die ungebrochene Attraktivität des Bündnisses, dem viele Länder beitreten wollten. Auch die Verdoppelung der Zahl der Mitglieder in der NATO-PV in den vergangenen sechs Jahren verdeutliche dies. Letztendlich sei die EU nicht in der Lage, Gewaltanwendung zu beenden und Konflikte zu lösen.

III Vortrag von Bozo Cerar, Staatssekretär im slowenischen Außenministerium, zum Thema „NATO und die Sicherheit in Südost-Europa“

Staatssekretär **Bozo Cerar** betonte, die Rolle der NATO für die Stabilisierung der Region; Südost-Europa sei durch die Erweiterung im Jahr 2004 gestärkt worden. NATO, EU und OSZE müssten aber versuchen, ihr Engagement in der Region besser aufeinander abzustimmen. Insbesondere bei der Überwachung der Grenzen sei ein effektives Zusammenwirken wichtig. Die ethnischen Konflikte der Region hätten die Bedeutung einer umfassenden kollektiven Verteidigung verdeutlicht, zeigte sich Cerar überzeugt. Alle Beteiligten müssten sich darüber im Klaren sein, dass neue Formen der militärischen und politischen Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Region seien. Die Bereitschaft für Reformen vorausgesetzt sei Slowenien bereit, andere Länder im Annäherungsprozess an NATO und EU zu unterstützen. Sein Land habe ein großes Interesse an der Integration der gesamten Region in die euro-atlantische Familie, so Cerar.

Diskussion

In Bezug auf eine Frage des Abg. **Georgii Manchulenko** (Ukraine) zu den Bestrebungen der Ukraine nach Mitgliedschaft in NATO und EU erklärte **Cerar**, Slowenien unterstütze den Dialog der Ukraine mit der NATO mit Nachdruck. Das Land solle so schnell wie möglich am Mitgliedschafts-Aktionsplan teilnehmen, da dieser den besten Weg zur Vorbereitung auf eine Mitgliedschaft im Bündnis darstelle.

IV Beratung des Generalberichtsentwurfes „Die sich entwickelnde Rolle der NATO bei Maßnahmen in der Konfliktfolgezeit“, vorgelegt von Abg. Bert Koenders (Niederlande)

Nach Auffassung des Berichterstatters **Bert Koenders** kann die NATO in der Konflikt-nachsorge eine bemerkenswerte Bilanz vorweisen. Die Missionen im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan trügen dazu bei, aus den Trümmern untergegangener Staaten Nationen aufzu-

bauen. Das Engagement des Bündnisses auf dem Balkan und in Afghanistan verdeutliche die Notwendigkeit, jede militärische Stationierung und Beteiligung in einen größeren regionalen Zusammenhang zu stellen. Sie dürfe sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen und solle sich verpflichten so lange zu bleiben, bis sich der Frieden selbst trägt. Die internationale Gemeinschaft müsse den verschiedenen politischen und ethnischen Gruppen das Gefühl geben, den Wiederaufbau- und Versöhnungsprozess selbst in den Händen zu halten. Darüber hinaus seien eine glaubwürdige Militärpräsenz vor Ort und die Entschlossenheit, sie bei Bedarf einzusetzen, unumgänglich. Ein weiterer entscheidender Faktor sei die baldige Förderung der lokalen Fähigkeiten. In dem Maße, wie die für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit zuständigen örtlichen Institutionen an Kompetenz gewinnen und das Vertrauen der Bevölkerungsminderheiten erlangten, habe zum Beispiel die „Stabilization Force“ (SFOR) ihre Präsenz in Bosnien und Herzegowina reduzieren können.

Wichtig sei die Erkenntnis, dass Operationen in der Konfliktfolgezeit nie rein militärische Angelegenheiten seien, sondern möglichst langfristig angelegte, sicherheitsbezogene, humanitäre, wirtschaftliche sowie die Regierungsführung und den Aufbau einer Demokratie betreffende Maßnahmen nach sich ziehen müssten. Die wirtschaftlichen und politischen Reformen wiederum würden in hohem Maße von einem sicheren Umfeld abhängen. Der Grad der Sicherheit seinerseits stehe nach Überzeugung von Koenders in einem direkten Verhältnis zu dem Umfang der eingesetzten Ressourcen. Um die Bedingungen für die Ressourcenstellung zu verbessern, müsse ein gerechterer Verteilungsmechanismus für die finanziellen Lasten von NATO-Operationen gefunden werden.

Diskussion

Abg. **Anna Maria Gomes** (Europäisches Parlament) kritisierte die mangelnde Bereitschaft der NATO, sich in humanitären Krisen wie in Darfur (Sudan) zu engagieren. Hier habe das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) eine besondere Rolle. Nach Meinung von Abg. **John Wilkinson** (WEU-Versammlung) leiste die EU zu wenig für die Ausbildung von Sicherheitskräften im Irak. Zudem komme sie nicht umhin, ihr finanzielles Engagement für Afghanistan zu verstärken. Abg. **David Gamkrelidze** (Georgien) war überzeugt, dass ausschließlich die NATO große militärische Operationen durchführen könne. Sie dürfe und könne nicht immer auf die Entscheidungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Rücksicht nehmen. Da Prävention bekanntlich besser als Nachsorge sei, müsse sich die NATO die Frage stellen, was sie zu einer Konfliktverhinderung beitragen könne.

V Vortrag von Robert de Wijk, Direktor des Clingendael-Zentrums für Strategische Studien, zum Thema „Die Sicherheitsbeziehungen zwischen der NATO und der EU“

Neue Initiativen seien notwendig, um die gegenwärtige Blockade zwischen NATO und EU aufzulösen, war

Robert de Wijk überzeugt. Die NATO als militärische Allianz solle in erster Linie verteidigungspolitische Themen bearbeiten. Die EU könne nicht zu einem ernstzunehmenden internationalen Akteur werden, wenn sie mit einer eigenständigen Sicherheitspolitik Probleme hat. Diese hänge in hohem Maße von der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages ab. Allerdings sei der Ansatz der zivilen Konfliktbearbeitung der EU „recht erfolgreich“. Zur Stärkung des transatlantischen Dialoges fordere de Wijk eine Diskussion außerhalb der beiden Organisationen. Zu diesem Zwecke schlug er die Einrichtung einer „high-level steering“ group vor.

Diskussion

In der Diskussion warf Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) die Frage auf, wie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) weiter entwickelt werden könnte, wenn der EU-Verfassungsvertrag nicht in Kraft tritt.

VI Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Die Sicherheitszusammenarbeit von NATO und EU“, vorgelegt von Abg. Marco Minniti (Italien)

Die Beziehungen von NATO und EU stecken in einer schwierigen Phase, glaubte Abg. **Marco Minniti**. Wesentliche Gründe seien das Fehlen einer Sicherheitsbeziehung von Malta und Zypern zur NATO sowie die mangelnde Bereitschaft der NATO, sich mit der EU-25 zu treffen und einen formalen Dialog aufzubauen. Somit sei die Kooperation beider Organisationen auf „Berlin Plus“ beschränkt. Die Zusammenarbeit in anderen wichtigen Bereichen, wie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, stocke.

Zur Lösung der gegenwärtigen Probleme forderte der Berichterstatter Zypern und Malta auf, sich an der Sicherheitsbeziehung mit der NATO zu beteiligen und die Aufnahme in das „Partnerschaftsprogramm für den Frieden“ (PFP) zu beantragen. Außerdem müsse es Gipfeltreffen der beiden Organisationen geben. Gleichzeitig müsse die NATO ihre Informationen über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen an die EU weitergeben. Darüber hinaus sei eine bessere Kooperation beider Organisationen insbesondere im Umgang mit der Peripherie Europas wichtig. Minniti forderte NATO und EU auf, ein Kooperationsabkommen für den Kaukasus, die Mittelmeerregion und Afghanistan abzuschließen.

Diskussion

Abg. **Donald Anderson** (Vereinigtes Königreich) betonte, dass die Malta/Zypern-Problematik nach wie vor jeden Fortschritt blockiere. Außerdem könne in Zukunft die Entscheidung schwierig werden, welche Organisation eine Mission leiten solle. Abg. **Inal Batu** (Türkei) widersprach der Einschätzung, die Entwicklung der Beziehung

beider Organisationen stocke. Die Operation „Althea“ in Bosnien und Herzegowina beweise genau das Gegenteil. Dort erreichten beide Organisationen die gesetzten Ziele. Abg. Dr. **Karl A. Lamers** (Deutschland) stimmte dem Berichterstatter in der Forderung nach Vermeidung von Doppelungen und Verschwendungen zu, da das Verlangen nach Sicherheit größer sei als die vorhandenen Ressourcen. Die vorhandenen Mittel seien begrenzt, so dass NATO und EU durch eine verstärkte Zusammenarbeit ihre Kräfte bündeln müssten.

VII Vortrag von Ralph Thiele, Kommandeur des Bundeswehrzentrums für Transformation, zum Thema „Stabilität durch Transformation“

Globalisierung, neue Waffengattungen, demographische Veränderungen, zerfallende Staaten, radikale Ideologien und ungelöste Konflikte haben das strategische Umfeld grundlegend verändert, erklärte Kommandeur **Ralph Thiele**. Die Herausforderungen neuer Bedrohungen erforderten einen neuen Ansatz der Sicherheitspolitik, der politische, militärische, zivile und wirtschaftliche Aspekte umfasse. Solch ein breites, mehrdimensionales Sicherheitskonzept müsse Konfliktprävention, Krisenmanagement und Krisennachbereitung sowie Friedenserhaltung, die Unterstützung für Friedensschaffung und den Umgang mit humanitären und natürlichen Katastrophen umfassen.

VIII Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Die NATO und die Sicherheit am Persischen Golf“, vorgelegt von Abg. Ruprecht Polenz (Deutschland)

Berichterstatter **Ruprecht Polenz** hat eine Region untersucht, die aufgrund ihrer geographischen Lage, der dauerhaft anhaltenden Instabilität und der in dieser Gegend konzentrierten Vorkommen an Energieträgern von entscheidender strategischer Bedeutung sei. Annähernd 60 Prozent sämtlicher Erdölreserven befänden sich in der Region. Auch in der Branche Erdgas spielten die Länder der Region wichtige Rollen. Der Berichterstatter zeigte sich überzeugt, dass eine aktivere Politik der NATO im Hinblick auf diese Region von großer Bedeutung sei. Diese Notwendigkeit habe die Allianz mit der „Istanbuler Kooperationsinitiative“ erkannt. Diese biete eine breite Palette von Instrumenten, um die beteiligten Staaten in der Region bei der Erfüllung ihrer Sicherheitsbedürfnisse zu unterstützen. Der Berichterstatter sprach sich dafür aus, die Initiative zu vertiefen und darüber hinaus die Unterstützung für Afghanistan und den Irak auszubauen. Auch solle die NATO den Friedensprozess im Nahen Osten unter dem Stichwort „roadmap“ aktiv unterstützen, da die Sicherheit im Nahen Osten und in der Golfregion auf das Engste verzahnt seien. Langfristig solle die NATO die Länder der Region dabei unterstützen, neue und kollektive Sicherheitsmechanismen zu entwickeln. So könnten vertrauensbildende Maßnahmen zur Ausbildung neuer Sicherheitsstrukturen im Persischen Golf führen.

Zu einer möglichen Lösung der durch das iranische Atomprogramm aufgeworfenen Probleme erklärte der Berichterstatter, die Allianz müsse eine politische Strategie entwickeln, mit der die Entwicklungen im Iran unterstützt werden kann, die aber gleichzeitig den Diskurs über einen Regimewechsel vermeidet. Das unmittelbare Ziel solle es sein, den Iran zur Erfüllung seiner im Herbst 2003 der EU gegenüber abgegebenen Versprechen zu bewegen. Längerfristig müsse eine Vereinbarung über die Aufgabe der Urananreicherung erreicht werden.

Diskussion

Mit Bezug auf den Berichtsentwurf schlug Abg. Dr. **Karl A. Lamers** (Deutschland) vor, den Mittleren Osten auf die Tagesordnung des Nordatlantikrates zu setzen. Beunruhigt durch die Entwicklung im Irak und Iran sprach er sich dafür aus, die Politik der EU und der USA stärker abzustimmen. Lamers fragte, welche zusätzlichen Beiträge die NATO zur Befriedung des Iraks leisten könne. Abg. **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) pflichtete dem Vorschlag bei, das Thema Iran auf die Agenda des Nordatlantikrates zu setzen. Es sei unklar, was passiere, wenn die Methode „Zuckerbrot und Peitsche“ im Umgang mit dem Iran nicht funktioniere. Die EU solle die Anwendung von wirtschaftlichen Sanktionen in Erwägung ziehen und ihre Vorgehensweise mit der NATO abstimmen. Abg. **Bart Van Winsen** (Niederlande) schlug vor, den Berichtsteil über Saudi-Arabien zu erweitern und die zukünftige Rolle der NATO in der Region zu beleuchten. In seiner Antwort auf die aufgeworfenen Fragen äußerte Berichterstatter **Ruprecht Polenz**, er sei optimistisch, dass die Verhandlungen der EU-3 mit dem Iran zu einem positiven Ergebnis führen, da die iranische Regierung innenpolitisch unter Druck stehe.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

I Tagesordnung

Der Ausschuss tagte am 28. Mai 2005 unter dem Vorsitz von Abg. **Joel Hefley** (Vereinigte Staaten). Hauptthemen der Beratungen waren die „Out of area“-Missionen der NATO, die Fortschritte bei den Prager Fähigkeitsverpflichtungen sowie die Rolle der NATO in Bezug auf die Sicherheit auf dem Balkan.

II Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Out-of-area“-Operationen der NATO, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Julio Miranda Calha (Portugal)

Berichterstatter **Julio Miranda Calha** untersuchte die Out of area-Missionen der NATO, die im Grunde im Jahre 2003 mit der Afghanistan-Mission begannen, so Calha. Die zweite echte „Out of area“-Mission der NATO sei die Ausbildung irakischer Soldaten im Irak und in anderen Ländern der Region. Diese Missionen werfen wichtige Fragen auf, die sich auf den künftigen Kurs der Allianz und ihrer Rolle bei der Sicherung der Stabilität jenseits der Grenzen ihrer Mitgliedstaaten auswirken,

erklärte Calha. So belegten die gegenwärtigen „Out of area“-Operationen und die potenziellen künftigen Einsätze der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NRF), dass grundsätzlich darüber nachgedacht werden müsse, wie künftige Operationen organisiert und finanziert werden. Das derzeitige Finanzierungssystem besage, „dass Kosten dort getragen werden, wo sie anfallen“, was bedeute, dass der Truppensteller die Kosten trägt, die mit der Verlegung einer Streitmacht in das Operationsgebiet und ihrer Versorgung während der Einsatzdauer verbunden seien. Dieses System sei aber nicht fair und schrecke von der Teilnahme an der NRF ab. Der Berichterstatter schlug vor, für die Operationen eine Form der gemeinsamen Finanzierung einzuführen, damit deren Kosten auf alle 26 Mitglieder des Bündnisses verteilt werden, statt nur die Truppensteller der jeweiligen Operation zu belasten.

Der zweite Schwerpunkt des Berichts waren die nationalen Einschränkungen in Bezug auf die Teilnahme eines nationalen Kontingents an einer NATO-Operation. Derartige Einschränkungen wirkten sich negativ auf die derzeitigen Operationen der Allianz aus. Offen ausgesprochene Einschränkungen seien häufig kein Problem, da die Kommandeure vor Ort damit umgehen könnten. Problematisch seien dagegen die nicht ausgesprochenen Einschränkungen, die ein Kommandeur entdeckt, wenn er ein nationales Kontingent mit einem Auftrag versieht und feststellen muss, dass dieses dem zugewiesenen Auftrag nicht nachkommen kann. Es müsse geprüft werden, wie die nationalen Einschränkungen vermindert bzw. transparenter gestaltet werden könnten, damit die Kommandeure vor Ort von vornherein wissen, welche Fähigkeiten und Begrenzungen die ihnen zur Verfügung stehenden Truppen mitbringen.

Der Berichterstatter sprach die Möglichkeit der Beteiligung der NATO an der Durchsetzung eines Friedensabkommens zwischen den Palästinensern und den Israelis an. So sei die NATO eher in der Lage, das Vertrauen der beiden Parteien zu gewinnen als die EU oder die Truppen der Vereinten Nationen. NATO-Streitkräfte könnten eng mit den palästinensischen Sicherheitskräften zusammenarbeiten und diesen beim Aufbau eines Militärs helfen, das zur regionalen Stabilität wie auch zur Verteidigung des eigenen Staatsgebietes beitragen kann. Wie im Irak müsste eine solche Ausbildung über eine bloße fachliche Zusammenarbeit hinausgehen und langfristige Kontakte zwischen der sich im Aufbau befindlichen palästinensischen Armee und westlichen Streitkräften umfassen, damit einer gerade erst entstehenden Demokratie angemessene Streitkräfte zur Verfügung gestellt werden könnten.

Diskussion

In der Diskussion unterstrich Abg. **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) die Notwendigkeit, zu einem gemeinsamen Finanzierungsmechanismus der NRF zu finden, der den „cost lie were they fall“-Ansatz ersetzt. Abg. **Ioan Mircea Pascu** (Rumänien) ergänzte, das Problem der Finanzierung betreffe nicht nur die NRF, sondern alle Operationen der NATO. Darüber hinaus betonte er die Notwendigkeit,

die regionalen Wiederaufbauteams in Afghanistan als Brücke zwischen den zivilen und den militärischen Aktivitäten zu betrachten und ihnen zum Erfolg zu verhelfen. Sir **Menzies Campbell** (Vereinigtes Königreich) nannte es bedenklich, dass einige Länder sich nicht an der Ausbildungsmission irakischer Soldaten beteiligten. Obwohl er sich gegen den Irakkrieg ausgesprochen habe, sei er davon überzeugt, dass die Stabilisierung im Interesse aller NATO-Mitgliedsländer sei.

III Vortrag von Karl Viktor Erjavec, Verteidigungsminister der Republik Slowenien

Verteidigungsminister **Karl Viktor Erjavec** erläuterte die Bemühungen seines Landes, sich auf die Beteiligung an internationalen Operationen vorzubereiten. Er betonte die Anstrengungen Sloweniens, die nationalen Kapazitäten zu verbessern und zu den Operationen der Allianz beizutragen. So beteilige sich sein Land an der ISAF-Mission in Afghanistan. Der restliche Balkan bleibe eine Priorität für Slowenien. So sei eine fortlaufende internationale militärische Präsenz im Kosovo nach wie vor die Voraussetzung für Stabilität. Während einige offene Fragen in Sachen Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof geklärt werden müssten, sei es wichtig, die Region in die euro-atlantischen Institutionen einzugliedern. Der Balkan sei ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit von EU und NATO.

Diskussion

Abg. **Zvonko Obradovic** (Serbien und Montenegro) wies darauf hin, dass 70 Prozent der Bevölkerung seines Landes die Zusammenarbeit mit dem Strafgerichtshof in Den Haag befürworteten. Außerdem sehe es so aus, als werde die ehemalige Partei Milosevics, die Sozialisten, im nächsten Parlament nicht mehr vertreten sein. Er sprach sich dafür aus, die gesamte Region des Westbalkans möglichst schnell in die EU zu integrieren.

IV Vortrag von Albert Pierce, Direktor des Zentrums für die Wissenschaft der Berufsethik an der Akademie der US-Marine

Albert Pierce beschäftigte sich mit der Ausbildung und dem Training von Militärkräften für die ethische Herausforderung bei der Bekämpfung des Terrorismus. Es gebe eine doppelte Herausforderung, die in der strategischen und in der ethischen Dimension liege. Bei der strategischen Herausforderung gehe es um das Militär, um die Geheimdienste, um die rechtlichen Aspekte, um die Finanzen sowie um Diplomatie. Die ethische Dimension ergebe sich aus dem Umstand, dass die Terroristenattacke vom 11. September 2001 ein Angriff auf unsere Identität und nicht auf unsere Politik war. Dennoch könnten wir im Kampf gegen einen solchen Feind nicht unsere Werte und unsere Regeln aus den Augen verlieren, auf denen unsere Gesellschaft basiert. Um dies zu verhindern, müsse die Ethik ein zentrales Element der professionellen Militärausbildung sein und ständig eingefordert werden.

V Vortrag von Ronald Asmus, Direktor des German Marshall Fund, zum Thema „Die Neudefinition der NATO“

Nach Auffassung von **Ronald Asmus** sei die NATO an einem ähnlichen Wendepunkt wie zu Beginn der 90er Jahre. So sei die NATO heute in den westlichen Hauptstädten für die zentralen strategischen Themen weniger relevant als zu vergangenen Zeiten. So sei eine zweite Neudefinition zum Zeitpunkt des Mauerfalls und des Zusammenbruchs der Sowjetunion notwendig. Es sei der NATO gelungen, ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes erfolgreich zu integrieren und die Stabilität auf dem Balkan abzusichern. Der 11. September 2001 habe die Perspektive verschoben, da die Bedrohungen nun von außerhalb Europas kämen. Der Krieg in Afghanistan hätte ein Weckruf sein müssen, der die NATO zu einer Reform bewegt. Bedauerlicherweise seien diese Veränderungen nicht geschehen, so dass heute eine umfassende Vision für die Rolle der Allianz im Nahen und Mittleren Osten, in der Schwarzmeer-Region sowie in Zentralasien fehle. Es müsse fünf Prioritäten für die zweite Neudefinition der NATO geben: die Vervollständigung der Stabilisierung des westlichen Balkans, eine weitere Erweiterung um Georgien und die Ukraine, ein aktives Engagement im Mittleren und Nahen Osten, die Vertiefung und Erweiterung der Beziehung zu Russland sowie die Entwicklung einer konstruktiven und klaren Beziehung mit der Europäischen Union.

Diskussion

Abg. **Pierre Lellouche** (Frankreich), Präsident der NATO-PV, betonte die Notwendigkeit, die transatlantische Partnerschaft zu stärken und den Dialog zu verbessern. Die Europäer kämen nicht umhin, ihre Kapazitäten auszubauen und mehr zur Allianz beizutragen. Gleichzeitig müssten die Vereinigten Staaten klarstellen, welche Rolle die NATO in der amerikanischen Außenpolitik einnehmen sollte. Abg. **John Wilkinson** (WEU-Versammlung) erinnerte an die wachsende Lücke der Kapazitäten zwischen der EU und den Vereinigten Staaten. Abg. **Elmar Brok** (Europäisches Parlament) plädierte dafür, den Gipfel der Vereinigten Staaten und der EU im Juni zur Verbesserung des transatlantischen Dialogs und der Kooperation zu nutzen. Er betonte gleichzeitig die Notwendigkeit eines strategischen Partnerschaftsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der EU.

VI Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Fortschritte bei den Prager Fähigkeitsverpflichtungen“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter Abg. **John Shimkus** befasste sich mit den Fortschritten bei den Prager Fähigkeitsverpflichtungen, die die NATO-Mitglieder im Jahre 2002 in der tschechischen Hauptstadt beschlossen haben. Es könne mit Ermutigung festgestellt werden, dass viele der Ziele in die

ationale Streitkräfteplanung übernommen worden seien. Zu seinen wichtigsten Schlussfolgerungen zählte der Berichterstatter die Erkenntnis, dass die Kapazitäten nur durch verbesserte Kooperation auf verschiedenen Ebenen erreicht werden könnten. Dies schließe die Kooperation zwischen den europäischen Verbündeten, den USA und den europäischen Partnern, der Öffentlichkeit sowie dem privaten Sektor ein. Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sei ein wichtiger Aspekt bei der Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten. Bei den strategischen See- und Lufttransporten würden ungenutzte Potenziale im kommerziellen Bereich durch kooperative Vereinbarungen mit dem privaten Sektor genutzt. Kooperative Programme der europäischen Verbündeten seien Teil der seit längerer Zeit unternommenen Bemühungen, wirtschaftliche Skaleneffekte zu erreichen. Dabei sei es nicht entscheidend, so Shimkus, ob derartige Initiativen unter einer NATO- oder einer europäischen Flagge liefen. Beide Institutionen würden die gleichen Fähigkeiten nutzen und auf einer Vielzahl von Ebenen zusammenarbeiten.

Des Weiteren sei die Zusammenarbeit zwischen den USA und ihren Verbündeten ebenfalls entscheidend für die Verbesserung der Fähigkeiten. Die transatlantische Rüstungsindustriезusammenarbeit, wie zum Beispiel beim gemeinsamen Kampfflugzeug, setze technologische Innovationen auf beiden Seiten des Atlantiks in Gang und verringere die Stückkosten. Zu den transatlantischen Problemen zählt Shimkus den US-Export-Kontrollprozess, der enge Partner „oft frustriere“. Gleichzeitig seien auf EU-Ebene ergriffene politische Maßnahmen, wie zum Beispiel die vorgeschlagene Aufhebung des Rüstungsembargos gegenüber der Volksrepublik China, Auslöser heftiger Reaktionen in den USA und brächten Befürworter einer Verringerung der Exportkontrollen in eine schwierige Lage. Shimkus brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Parlamentarische Versammlung der NATO ein Forum sein könnte, wo man sich mit diesen Problemen befasst und zu einem Konsens gelangt.

VII Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die fortdauernde Rolle der NATO in Bezug auf die Sicherheit auf dem Balkan“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. John Smith (Vereinigtes Königreich)

Nach Überzeugung von Abg. **John Smith** sei der Balkan von zentraler Bedeutung für die zukünftige Sicherheit Europas. Der Kosovo bleibe eine potenziell explosive Region. Gleichzeitig wachse und gedeihe das organisierte Verbrechen auf dem gesamten Balkan. Schwache Regierungsstrukturen und ineffiziente Strafverfolgung könnten von terroristischen Gruppen ausgenutzt werden, die Stützpunkte in der Nähe europäischer Bevölkerungszentren suchten. Obwohl die Region zurzeit relativ ruhig erscheine, müssten ihre zahlreichen Probleme behandelt werden. Gleichzeitig stelle die Region in vielerlei Hinsicht eine Bewährungsprobe für die Beziehung zwischen der NATO und der EU dar. Das Verhältnis der beiden

Organisationen zueinander werde einen starken Einfluss auf die Zukunft des transatlantischen Bündnisses haben, so Smith. Der Berichterstatter kam zu dem Schluss, dass der Kosovo die schwierigste und potenziell explosivste Region des Balkans sei. Europa müsse mithelfen, auf dem Balkan Stabilität und relativen Wohlstand herbeizuführen, da es anderenfalls zunehmend negative Auswirkungen spüren werde. Der Balkan sei schon jetzt ein Zufluchtsort für das organisierte Verbrechen, was Auswirkungen auf die Gesellschaft in Form von Drogenhandel und anderen schwächenden Aktivitäten habe. Die Sicherheit des Balkans werde die Sicherheit des ganzen Kontinents in den nächsten Jahren mit beeinflussen, zeigte sich der Berichterstatter überzeugt.

Sir John Stanley (Vereinigtes Königreich) begrüßte die Forderung des Berichtstatters, Serbien und Montenegro müssten mit dem Internationalen Gerichtshof kooperieren. Alle Länder der Region müssten diese Bedingung erfüllen, wenn sie an einer Annäherung an NATO und EU interessiert seien. Abg. **Franco Angioni** (Italien) pflichtete Sir John Stanley bei und ergänzte die Aufforderung an Serbien und Montenegro, an den Verhandlungen über den Status des Kosovo aktiv mitzuwirken.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 28. Mai 2005, unter dem Vorsitz des Abg. **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten).

I Überblick über Tagesordnung und Themen

Hauptthemen waren die Entwicklungen in China, im Mittleren Osten und in Nordafrika und deren Auswirkungen auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung.

II Bericht von Lanxin Xiang, Professor für internationale Geschichte und Politik, Akademisches Institut für internationale Studien, Genf

In seinem Bericht zum Thema „China und die NATO“ sprach Prof. **Lanxin Xiang** Chinas Strategie in Bezug auf die NATO, die Beziehungen zwischen China und der NATO, Chinas transatlantische Beziehungen und die chinesische Sicherheitspolitik auf regionaler Ebene an. Er verdeutlichte die Schwierigkeit Chinas bei der Analyse der multilateralen Rolle der NATO und zeigte die in den letzten Jahren grundlegend veränderte Meinung und Politik gegenüber der NATO auf. Das Bündnis sei lange als aggressive Bedrohung der Sicherheit empfunden und deren Erweiterung als globale amerikanische Strategie der Eindämmung des chinesischen Einflusses verstanden worden. Verändert habe sich auch die Sicht Chinas auf den Westen; insbesondere habe die geschichtliche Entwicklung der Vereinigung von verschiedenen Systemen und Kulturen in Europa das Interesse geweckt. Xiang umriss die im Westen empfundene wirtschaftliche Bedrohung, die von China ausgehe und verglich sie mit der, die von Deutschland im 19. Jahrhundert ausgegangen sei. Es sei das Anliegen der jungen chinesischen Generation, von

der europäischen sozialen Demokratie zu lernen, um einen weichen Übergang des eigenen System in ein pluralistischeres und offeneres zu erreichen. Kurz sprach er die schwierige und gefährliche Situation in der Meerenge von Taiwan und die bestehenden Sicherheitsrisiken in Zentralasien an. Ziel sei, die bisher nur bilateral bestehenden Sicherheitsabkommen durch ein multilaterales Arrangement zu ersetzen.

Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den friedensstiftenden Möglichkeiten des Handels. Er thematisierte den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Interessen Chinas – z. B. Rohstoffversorgung – und dem Verhalten in der Konfliktregion Darfur. Er bat ferner um eine Einschätzung der Entwicklung der Wissenschaft in China in den nächsten 20 Jahren. **Xiang** zeigte das Problem der Chinesen auf, einerseits einen großen Rohstoffbedarf zu haben, andererseits aber nur in geringem Umfang über eigene Bodenschätze zu verfügen. Man versuche, Abkommen mit vielen, insbesondere afrikanischen Ländern zu schließen, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Die Versorgung mit Erdöl sei ein politisches Interesse ersten Ranges. Zum chinesischen Bildungssystem erklärte er, es sei nicht ausgerichtet auf die Ausbildung von Nobelpreisträgern, vielmehr habe Disziplin bisher die größte Bedeutung gehabt. Thematisiert wurde auch die mögliche Aufhebung des bestehenden Waffenembargos. Xiang sah darin eher eine symbolisch wichtige Geste. Unterschiedlich seien nach wie vor die Sichtweisen der USA und Europas auf Chinas Probleme mit Taiwan.

Diskussion

Abg. **Robert Hochbaum** (Deutschland) fragte nach dem vor kurzem verabschiedeten Antiseparationsgesetz, den weiteren Entwicklungen in dieser Richtung und ob es auch kritische Stimmen dazu in China gebe. **Xiang** hob hervor, seiner Meinung nach sei das Gesetz ein Fehler gewesen. Innenpolitische Auseinandersetzungen seien dafür verantwortlich, der neue Premierminister stehe unter starkem Druck des Militärs. Auch seien die Reaktionen aus Europa unterschätzt worden. Auf die Frage des Abg. **Harry Cohen** (Vereinigtes Königreich) nach der Ausgewogenheit der staatlichen Einheit und der Vielfalt der Regionen erklärte **Xiang**, es gäbe Überlegungen, die Entscheidungsfindung zu dezentralisieren, ohne Instabilität zu verursachen nach dem Modell „eine Partei, viele Parteigruppen“. Abg. **Guntis Berzins** (Lettland) fragte, ob aus dem Zerfall der Sowjetunion und den daraus entstandenen unabhängigen Staaten Vergleiche gezogen werden könnten. **Xiang** entgegnete, China sei keine multiethnische Republik, die künstlich zusammengefügt worden sei. Das Taiwanproblem habe historische Gründe, Taiwan aufzugeben bedeute das Ergebnis des Krieges aufzugeben. Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) nahm Bezug auf den anstehenden Ausschussbesuch. Er hinterfragte den Zusammenhang zwischen dem angestrebten Multilateralismus und den nach wie vor bestehenden Einschränkungen der Internetnutzung, der Kontrolle der Medien und der fehlenden Religionsfreiheit. **Xiang** erläuterte, der dramatische Zuwachs der Untergrundkirchen sei

ein großes Problem für die chinesische Führung gewesen. Falun Gong sei aber ein Kult, keine Religion. Abg. **Monika Heubaum** (Deutschland) fragte nach der Perspektive für die Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Taiwan, ob mit der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung (Taiwan ist größter ausländischer Investor) eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern oder eher eine Art Wetttrüsten zu erwarten sei. **Xiang** sah aufgrund der starken wechselseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit keine Basis für eine kriegsähnliche Konfrontation.

III Vortrag von Tarik Yousef, Professor für Wirtschaft am Zentrum für zeitgenössische arabische Studien, Georgetown Universität, Washington DC zum Thema „Aussichten für den ökonomischen Übergang im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA-Region)“

Prof. **Yousef** referierte über die Notwendigkeit eines Überganges und umriss die Reformen für eine nachhaltige Entwicklung der MENA-Region. Unter Bezugnahme auf den Weltbankbericht 2002 beleuchtete er insbesondere die Entwicklung der Region in den letzten 50 Jahren, verwies auf die herrschende Rolle des Staates und der Eliten, den Vorrang nationaler Pläne und die fehlende Öffnung für den Weltmarkt. Die Entwicklung in den 60er bis 80er Jahren sei aufgrund der Einnahmen aus den Ölgeschäften gut verlaufen und die Regierungen hätten in diesem Zeitraum wichtige Reformen durchgeführt; seither habe sich das Tempo des Fortschritts aber sehr verlangsamt. Die Hindernisse seien weder kultureller noch religiöser Natur. Man habe zu hohe Erwartungen geweckt und zu viele hemmende Vorschriften erlassen. Die größte wirtschaftliche und politische Herausforderung sei die hohe Arbeitslosigkeit. Viele junge Menschen seien trotz guter Bildung arbeitslos. **Yousef** betonte, dass für erfolgreiche Reformen eine Entwicklung hin zu einer stärkeren Privatisierung und die Integration in globale Handels- und Finanzsysteme notwendig seien. Dem stünde jedoch entgegen, dass durch die kontinuierliche Verfügbarkeit an Öleinnahmen der Anreiz für weitere Reformen nicht hoch sei. Zweitens fehlte lange Zeit die Einsicht, dass nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Reformen notwendig seien. Fehlende Demokratisierungsprozesse hätten den Raum geschaffen für radikalisierte islamische Bewegungen, die oft als einzige Alternative zum Status Quo verstanden würden. **Yousef** stellte fest, der Westen habe nach dem 11. September eine einzigartige Chance verpasst, positive Änderungen zu beeinflussen.

Diskussion

Auf die Frage des Abg. **Ralph Regula** (Vereinigte Staaten) nach den Bildungschancen erklärte **Yousef**, das Problem liege oft nicht in fehlender Bildung sondern in der überwiegenden Ausrichtung auf eine spätere Verwendung im öffentlichen Sektor. Abg. **Aziz Akgül** (Türkei) erbat eine Aussage zur Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit. **Yousef** betonte, die Armutsquote sei mit 5 Prozent deutlich niedriger als in den südostasiatischen Län-

dern (20 Prozent). Die Arbeitslosigkeit betreffe oft auch die gebildeten Schichten und habe ihre Ursache in garantierter Arbeit im öffentlichen Sektor. Dadurch seien falsche Erwartungen für die Zukunft geweckt worden. Die Zukunft der Region liege im Bereich der Dienstleistungen. Er bejahte die Frage des Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland), ob die Beendigung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern sich positiv auf das Wirtschaftswachstum der Region auswirken würde. Abg. **Kurt Bodewig** sah auch die Loslösung von der Ölwirtschaft als eine möglicherweise entscheidende Voraussetzung, da das durchschnittliche Wachstum dieser Länder mit 1,3 Prozent niedriger sei als das der anderen MENA-Staaten (2 Prozent). Auf die Frage des Abg. **Michael Gapes** (Vereinigtes Königreich) nach neuen Gemeinsamkeiten in der arabischen Welt äußerte **Yousef** die Erwartung, dass sich kleinere Gruppen von Ländern zu Blöcken, ähnlich dem Golfkooperationsrat (GCC), zusammenschließen werden.

IV Berichtsentwurf des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“: „Der wirtschaftliche Übergang im Mittleren Osten und Nordafrika“, vorgelegt von Abg. Kurt Bodewig (Deutschland)

Die Länder der MENA-Region seien eine politisch und ökonomisch heterogene Region, stünden aber alle vor ähnlichen Herausforderungen, erklärte der Berichterstatter. Der Berichtsentwurf beschäftige sich mit den notwendigen politischen Reformen und zeige auch erste Ansätze eines positiven Wandels auf. Vorrangige Probleme seien die hohe Arbeitslosigkeit und das demographische Wachstum. Notwendig seien stärkere Privatisierungen, Öffnung der politischen Systeme für eine breitere Beteiligung der Zivilgesellschaft, Rationalisierung staatlicher Institutionen und ein verbessertes rechtliches bzw. gerichtliches System. Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) schlug aufgrund der erweiterten thematischen Ausrichtung eine Umbenennung des Unterausschusses in „Übergang, Entwicklung und Sicherheit“ vor. Er bat darum, in dem Bericht verstärkt den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheitsrisiken aufzuzeigen und in den Schlussfolgerungen (Nr. 59) einen stärkeren Fokus auf die unterschiedliche Lage der einzelnen Länder zu richten. Abg. **Michael Gapes** (Vereinigtes Königreich) bat um Aufnahme des Themas „Governance“ und Abg. **Aziz Akgül** (Türkei) vermisste Aussagen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auf den Hinweis des Abg. **Abdelkrim Harchaoui** (Algerien) nach fehlenden ausländischen Investitionen bemerkte der Berichterstatter **Kurt Bodewig** (Deutschland), dass die Investitionssicherheit fehle, die Märkte der Länder sehr abgeschottet und politische und wirtschaftliche Reformen notwendig seien. Für diesen Bericht habe man eine Entscheidung treffen müssen zwischen einer Einzelbetrachtung oder der regionalen Zusammenfassung. Zukünftig könne man sich aber stärker auf ein Land konzentrieren.

V Entwurf eines Generalberichts „Die politischen Implikationen und Konsequenzen der Risikogesellschaft“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Jos van Gennip (Niederlande)

Abg. **Jos van Gennip** nahm Bezug auf die Anschläge vom 11. September 2001 und erklärte, sie hätten eine besondere Verwundbarkeit des Westens gezeigt, die nicht für möglich gehalten worden sei. Eines der größten Probleme bei der Risikobewältigung liege darin, bei Risiken und Gefahren einen breit angelegten gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen, um Probleme rechtzeitig in den Griff zu bekommen, bevor sie katastrophale Ausmaße annehmen. Dies sei dann besonders schwierig, wenn es um die außerordentlich komplexen Probleme mit zahlreichen Variablen und Parametern gehe, von denen einige zentrale Bestandteile und Gewohnheiten der Kultur und Zivilisation betreffen.

Abg. **Ralph Regula** (Vereinigte Staaten) und **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) nahmen Bezug auf das anstehende Referendum in Frankreich. Betont werden sollte im Bericht auch stärker die wichtige Rolle multilateraler Institutionen. Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) betonte, der Bedarf an neuen Energiequellen, Ressourcenknappheit und der Zugang zu Wasser seien die zukünftigen Risikofelder. AIDS bliebe das größte Gesundheitsrisiko. Die westliche Energiepolitik müsse sich stärker auf erneuerbare Energien konzentrieren und damit auch dem Abholzen der Regenwälder entgegen treten. Nur durch einen Beitritt der USA zum Kyoto-Protokoll könne das angedachte weltweite System Wirkung entfalten. Er betonte, multinationale Organisationen müssten auch mehr Aufmerksamkeit dem kulturellen Selbstverständnis der Völker widmen. Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) erklärte, er wolle die positiven Auswirkungen des Multilateralismus und auch den Aspekt der erneuerbaren Energien stärker im Bericht betonen. Abg. **Victor Voitenko** (Russische Föderation) bemerkte, es gebe keinen internationalen Konsens in der Beurteilung der zukünftigen Bedrohungen. Er schlug die Einrichtung eines Zentrums für die Evaluation von internationalen Bedrohungen vor. Abg. **Harry Cohen** (Vereinigtes Königreich) befürwortete weiterhin den Abschluss von Verträgen. Man müsse lernen, Risiken zu reduzieren, aber auch mit einem Teil davon zu leben.

VI Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“: „China im Wirtschaftsaufschwung und die transatlantische Wirtschaft“, vorgelegt von Mitberichterstatter Abg. Michael Gapes (Vereinigtes Königreich) und John Boozman (Vereinigte Staaten)

Abg. **Michael Gapes** betonte, die Beziehungen der USA und Europas zu China nähmen an Bedeutung zu, dem wolle man durch den Berichtsentwurf Rechnung tragen. China entwickle sich sowohl wirtschaftlich als auch militärisch und politisch zu einer neuen Supermacht und

habe dadurch auch Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen. Abg. **John Boozman** erklärte zum bestehenden Waffenembargo, man wolle das Gleichgewicht in der Region nicht verändern und damit die Stabilität nicht beeinträchtigen. Es gebe bemerkenswerte Veränderungen in China, solange aber keine politischen Veränderungen vollzogen würden, sei man gegen die Aufhebung des Embargos. Man habe daher Schwierigkeiten, die Position der Europäer zu verstehen und warne vor neuen Waffenlieferungen.

Abg. **Ralph Regula** (Vereinigte Staaten) klagte darüber, dass China kopierte Produkte zu deutlich günstigeren Preisen verkaufen würde. Gleiche Standards müssten im Rahmen der WTO eingehalten werden. Er sprach sich für ein gewisses Maß an Protektionismus aus. Abg. **Michael Gapes** (Vereinigtes Königreich) entgegnete, das könne nicht die Antwort auf die Herausforderung sein. Abg. **Victor Voitenko** (Russische Föderation) erklärte, die in Russland gemachten Erfahrungen zeigten die Gefahr zu schneller Reformen. Andererseits sei auch in China ohne Reformen die Stabilität gefährdet. Da im Berichtsentwurf der Aspekt der Beziehungen zwischen China und Russland nicht beleuchtet werde, schlage er vor, einen eigenen Bericht über dieses Thema für die Herbsttagung vorzubereiten, was der Ausschuss annahm.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

I Tagesordnung

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am 28. Mai 2005 unter dem Vorsitz des Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich). Die Ausschussmitglieder befassten sich in ihren Beratungen mit den Beziehungen zwischen der NATO und Kasachstan, der Lage und Rolle der Minderheiten im Südkaukasus sowie Vorträgen von **Michael Powers**, Senior Fellow beim Chemical and Biological Arms Control Institute, CBACI (Rüstungskontrollinstitut für chemische und biologische Waffen), über die Rolle der Parlamentarier beim Heimatschutz und von **Rashit Akhmetov**, Senator der Republik Kasachstan, und **Toktarkhan Nurakhmetov**, Mitglied der Unteren Kammer (Mazhilis) der Republik Kasachstan, über die Rolle der NATO in Zentralasien.

II Vortrag von Michael Powers, Senior Fellow am CBACI, zum Thema „Die Rolle der Parlamentarier beim Heimatschutz: eine US-amerikanische Perspektive“

Das von **Michael Powers** vorgestellte Thema stand im Zusammenhang mit dem Heimatschutz und behandelte Fragen wie „Wo liegt das Risiko? Wie kann es vermieden werden? Wie kann man sich auf potentielle Gefahren vorbereiten?“. Seine Ausführungen konzentrierten sich auf die Rolle des amerikanischen Kongresses bei der Erarbeitung von Maßnahmen und deren Umsetzung im Bereich Sicherheit. Basierend auf der Erkenntnis, dass die Gefahr durch chemisches, biologisches, radioaktives und nukleares Material wachse, habe man Mitte der 90er Jahre zuerst

das „Domestic Preparedness“-Programme eingeführt. Im Fokus dieser Initiative hätten Polizei- und Rettungsmaßnahmen gestanden. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 und den Anthrax-Vorfällen in den USA seien die Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus verstärkt worden, z. B. durch den Patriot Act und die Schaffung des „Department for Homeland Security“ (DHS). Zwischen Europa und Amerika gebe es unterschiedliche Auffassungen zur Definition des Terrorismus, die sich auch in einer unterschiedlichen Umsetzung von Maßnahmen niedergeschlagen hätten. Ziel müsse der länderübergreifende Informationsaustausch über die globale Bedrohung, auch zwischen den Parlamentariern in der EU und den USA, sein.

Diskussion

Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) stellte die Frage, wie ein Mechanismus zum Austausch von Daten und Erkenntnissen entwickelt werden könne. Abg. **Wladimir Schirinowski** (Russland) verwies darauf, dass es in Russland ähnliche Einrichtungen zum Verhindern von Terroranschlägen gebe. Während der Anwesenheit von russischen Truppen in Afghanistan habe es dort keine Terroristen und keinen Drogenhandel gegeben, dies habe sich aber nach dem Truppenabzug innerhalb weniger Jahre geändert. Er fragte, wie die USA mit der offenen Grenze zu Mexiko umgehen, um das Einsickern von Terroristen zu verhindern. Powers erläuterte, dass es unterschiedliche Maßnahmen gebe, um geplante terroristische Anschläge vor deren Ausführung aufzudecken. In Bezug auf den CBRN-Terrorismus gebe es unterschiedliche Auffassungen zwischen den USA und Europa. Durch Informationsaustausch müsse eine gemeinsame Antwort auf diese globale Bedrohung gefunden werden. Die NATO-PV könne ein hervorragendes Diskussionsforum dafür sein. Was Afghanistan betreffe, so sei das Land in der Tat nach dem Abzug der russischen Truppen wegen der Rivalität zwischen den USA und Russland allein gelassen worden. Man müsse bei „failed states“ eher eingreifen, um eine Netzbildung von Terroristen zu verhindern. In Bezug auf Mexiko werde lebhaft die Fragen diskutiert, wie man die Grenze effektiv überwachen könne. Abg. **Sofia Kalantzakou** (Griechenland) bekräftigte, es dürfe keine Kluft zwischen den USA und Europa bei der Terrorabwehr geben, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass es für Europa schwierig sei, dem amerikanischen Modell zu folgen, da die Strukturen in den europäischen Ländern unterschiedlich seien. Powers entgegnete, er habe den Eindruck, dass die Europäer eigene Wege suchen. Die Angst vor Anschlägen sei in allen Ländern unterschiedlich hoch. Die USA seien eines der Hauptziele für Terroristen und daher bestrebt, ihre Verwundbarkeit zu reduzieren. Dies könne jedoch dazu führen, dass sich Terroristen leichtere Ziele suchen. Ein gemeinsamer europäischer Heimatschutz sei von Nöten. Abg. **Jane Cordy** (Kanada) fragte, ob sich die Rolle der Parlamentarier darauf beschränke, Initiativen zu entwickeln, aber nicht deren Umsetzung zu begleiten. Powers führte aus, die Rolle der Parlamentarier auf Bundesebene bestehe in der Überwachung der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Abg. **Donald Anderson** (Vereinigtes

Königreich) fragte, ob man in den USA erkannt habe, dass einige Maßnahmen überprüft werden müssten. Abg. **Joann Emerson** (Vereinigte Staaten) wies darauf hin, dass der Patriot Act eine schnelle Reaktion auf die Ereignisse gewesen sei und man gegebenenfalls einige Dinge überprüfen müsse. Powers ergänzte, dass einige Bestimmungen im Patriot Act überprüft würden, da vor allem ausländische Studierende, Lehrkräfte und Forscher betroffen seien.

III. Beratung des Sonderberichtsentwurfes über das „Aufspüren von chemischem, biologischem, radiologischem und atomarem (CBRN) Material: ein technologischer Überblick“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Sonderberichterstatter **Lord Jopling** erläuterte, Hintergrund des Berichts sei der Besuch des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ in den USA im letzten Jahr gewesen, in dessen Verlauf man sich u. a. mit Fragen zum Aufspüren von CBRN-Waffen beschäftigt habe. In diesem Zusammenhang habe ein Besuch bei der Firma Science Applications International Corporation (SAIC) in San Diego stattgefunden, wo eine spezielle Technik zum Aufspüren dieser Waffen entwickelt worden sei. In den NATO-Ländern sei man zu wenig darauf vorbereitet. Es gebe bis zu 1 000 toxische Mittel, die eingesetzt werden könnten, aber es gebe nur wenige, ausgereifte Geräte zum Aufspüren. Abschließend äußerte er die Hoffnung, dass die NATO-Parlamentarier in ihrem Land auf allen Ebenen prüften, was getan werde, um auf derartige Angriffe vorbereitet zu sein.

Diskussion

Abg. **Wladimir Schirinowski** (Russland) vertrat die Auffassung, dass diejenigen Staaten, die die meiste Erfahrung mit diesen Waffen haben, die Führung übernehmen sollten. Eventuell müsse man sich im Ernstfall auf wenige Staaten konzentrieren, man könne nicht ganz Europa retten. **Lord Jopling** antwortete, er habe eine andere Meinung zum Schutz einzelner Länder Europas. Es seien alle Länder betroffen, insofern sollten die Vorkehrungen auch ganz Europa abdecken. Man müsse jedoch bevorzugte Ziele von Terroristen besonders berücksichtigen, was dazu führen könne, dass Terroristen dann eventuell auf „Nebenziele“ ausweichen. Abg. **Jérôme Rivière** (Frankreich) wies darauf hin, dass Sicherheitssysteme unterschiedlich und nicht immer effizient seien. Die Technik könne aber nicht alle Probleme lösen. Es stelle sich die Frage, in welchem Maße die Öffentlichkeit bei der Beobachtung einzubinden sei. Abg. **Peter Viggers** (Vereinigtes Königreich) war der Meinung, das Aufspüren von CBRN-Waffen sei besonders auf Flughäfen wichtig, da sie Angriffsziele darstellten und von ihnen aus eine weltweite Verbreitung möglich sei. **Lord Jopling** vertrat die Auffassung, dass auf allen Flughäfen Sensoren notwendig seien um abzuklären, ob ein Angriff vorliege und um welches Material es sich handele.

IV Vortrag von Rashit Akhmetov, Senator der Republik Kasachstan, und Toktarkhan Nurakhmetov, Mitglied der Mahilis (Untere Kammer) der Republik Kasachstan, zum Thema „Die Rolle der NATO in Zentralasien“

Die beiden Redner bedankten sich beim Ausschussvorsitzenden für die Möglichkeit einer Teilnahme an Diskussionen über die Zusammenarbeit mit Kasachstan. **Rashit Akhmetov** erinnerte daran, dass Frieden und Sicherheit in Kasachstan mit dem Aufbau in Afghanistan eng verbunden und weitere ökonomische und militärische Zusammenarbeit und Unterstützung durch die Weltgemeinschaft wichtig sei, denn nach der Niederlage der Taliban sei die Bedrohung nicht zurückgegangen. Der Drogenhandel sei noch immer ein Problem, das sich sogar verstärkt habe. Der Waffenhandel stelle ein weiteres Problem dar, vor allem dann, wenn Möglichkeiten des Zugangs zu Massenvernichtungswaffen gegeben seien. In der kaspischen Region gebe es Gas- und Ölvorkommen, die Bedeutung der Ressourcen nehme von Jahr zu Jahr zu. Eine Analyse der Grundlagen der Bedrohungen zeige, dass die internationale Zusammenarbeit unumgänglich sei, das Potential der NATO könne hier effizient eingesetzt werden. Eine Verstärkung der Zusammenarbeit sei notwendig. **Toktarkhan Nurakhmetov** sagte, das wichtigste Problem sei die nationale Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und Extremismus. Kasachstan betreibe daher eine nach allen Seiten ausgerichtete Außenpolitik. Im Zeitraum 2004 bis 2006 seien ein System zur Bekämpfung von Geldwäsche und spezielle Einheiten zur Terrorismusbekämpfung geschaffen worden. Ferner seien Maßnahmen gegen die Destabilisierung der Region getroffen, z. B. neue Gesetze der Justizbehörden zur nationalen Sicherheit ergriffen worden. Einige islamische Gruppen seien bereits verboten worden. Die Zollbehörden würden nicht nur den Waffen- und Munitionsschmuggel, sondern auch die Verbreitung fanatischer religiöser Literatur kontrollieren. Sowohl außen- wie innenpolitisch habe man den Kampf gegen den Drogenhandel und transnationale Gruppen aufgenommen, die Kasachstan als Durchgangsland benutzten. Für 2004 bis 2005 gelte ein Programm zur Bekämpfung von Drogen und Drogensucht. Nicht zuletzt sei auch die Überwindung der Armut in Zentralasien ein wichtiger Faktor.

Diskussion

Abg. **Alice Mahon** (Vereinigtes Königreich) begrüßte die Vorschläge und fragte, ob die Schulbildung in Kasachstan sekulär oder religiös ausgerichtet sei. **Nurakhmetov** verwies darauf, dass Kirche und Staat in Kasachstan getrennt seien. Es habe trotz vieler religiöser Richtungen nie religiöse Fanatiker und Probleme gegeben. Es gebe Religionsschulen aller Glaubensbekenntnisse. Ein Lizenzsystem für Religionsschulen sei eingeführt worden, bei dem man umsichtig vorgegangen sei, um eine mögliche Verletzung der Rechte Gläubiger und Geistlicher zu vermeiden. Abg. **Stephan Khmara** (Ukraine) erkundigte sich nach Einzelheiten zum Gesetz zur Bekämpfung des Extremismus und fragte, wie Kasachstan Extremismus definiere. Menschenrechte würden oft vernachlässigt

werden, Armut, fehlende Demokratie, Unruhen usw. können Menschen in die Arme von Extremisten treiben. **Akhmetov** erläuterte, das Gesetz basiere auf aktuellen Erfahrungen, es sei immer wieder novelliert worden, da in manchen Bereichen, z. B. bei Geldwäsche, vorher noch keine Erfahrungen vorlagen. Abg. **Lucio Malan** (Italien) fragte, welche Auswirkungen der Krieg im Irak auf die Sicherheit Kasachstans habe. Abg. **Wladimir Schirinowski** (Russland) vertrat die Auffassung, dass NATO und EU im Irak nicht für Sicherheit sorgen könnten, eher schon Russland, da es über mehr Soldaten verfüge. Auch in Afghanistan könne die NATO nicht helfen. Er äußerte Bedenken zu möglichen Umweltkatastrophen im Irak. Er sei der Auffassung, dass Kasachstan derzeit der erfolgreichste Staat in Zentralasien sei und schlug eine Kooperation Minsk-Moskau-Taschkent vor, um Probleme gemeinsam zu lösen. **Akhmetov** brachte zum Ausdruck, dass regionale Stabilität und Zusammenarbeit der Schlüssel zur Sicherheit Kasachstans seien und man im Hinblick auf internationale Zusammenarbeit keine Seite bevorzuge, sondern statt dessen mit vielen Ländern freundschaftliche und kooperative Beziehungen pflege. **Nurakhmetov** verwies darauf, dass Kasachstan gebeten worden sei, eine Einheit zur Minenräumung in den Irak zu entsenden, was er als Zeichen des Vertrauens werte. Abg. **Sofia Kalantzakou** (Griechenland) erinnerte daran, dass die ehemalige Sowjetunion eine sekuläre Gesellschaft geschaffen habe, es inzwischen jedoch wieder ein religiöses Erwachen und Bewusstsein gebe, das auch in den USA und Europa zunehmend zu verzeichnen sei, wobei bestimmte Gruppen sich dem Extremismus zuneigen würden. Abg. **Ahmed Faruk Ünsal** (Türkei) erkundigte sich nach den Maßnahmen Kasachstans zur Unterbindung von religiösem Extremismus bei gleichzeitiger Gewährleistung von Meinungs- und Medienfreiheit und stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob es private Fernsehsender und Rundfunkstationen gebe. Auch Abg. **Emin Bilgiç** (Türkei) gab zu bedenken, dass man den Begriff des islamischen Extremismus vorsichtig anwenden müsse. **Akhmetov** erwiderte, in Kasachstan habe es nie Einschränkungen der religiösen Freiheit bzw. Meinungsfreiheit gegeben. Es gebe private Fernsehanstalten mit freier Meinungsäußerung. **Nurakhmetov** ergänzte, in Kasachstan gebe es keinen „militanten Atheismus“, allen Konfessionen seien die gleiche Rechte eingeräumt worden, wenn sie sich an die Gesetze hielten. Dies treffe auch für die Medien zu.

V Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Die NATO und Kasachstan“, vorgelegt von Generalberichterstatter João Rebelo (Portugal), vorgetragen vom Ausschussvorsitzenden Michael Clapham (Vereinigtes Königreich)

Da Abg. **João Rebelo** (Portugal) aus der portugiesischen Delegation ausgeschieden war, wurde sein Generalberichtsentwurf vom Ausschussvorsitzenden Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt. Der Berichtsentwurf stütze sich vor allem auf den Ausschussbesuch im März dieses Jahres in Kasachstan. Ein Teil

befasse sich mit den Bedrohungen durch das ökologische Erbe aus der Sowjetzeit, d.h. der radioaktiven Kontamination von Umwelt und Menschen und der übermäßigen Wassernutzung der Flusszuläufe des Aralsees. Weitere Bedrohungen seien Drogenhandel und -schmuggel, Extremismus und Terrorismus. In einem weiteren Berichtsteil werde darauf hingewiesen, dass sich durch die friedlichen Revolutionsbewegungen in der Ukraine und in Georgien die geopolitischen Ausrichtungen dieser Länder weg von Russland hin zum Westen verschoben hätten. Eine NATO-Partnerschaft in diesem Teil der Welt sei wichtig im Hinblick auf ein ausgewogenes Kräfteverhältnis und fördere Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Mit dem Ausschussbesuch sei daher ein wichtiges Zeichen gesetzt worden. Es werde sehr begrüßt, dass Kasachstan eine umfassende Kooperation in verschiedenen Bereichen anstrebe.

Diskussion

Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) ergänzte, dass in dem Bericht Themen fehlten, die bei dem Besuch vor Ort angesprochen worden seien, wie z. B. die geographische Isolation Kasachstans als potentieller Faktor für Instabilität. So habe Kasachstan keinen Zugang zu anderen Meeren, bei Streitigkeiten mit Russland könnte dies zu Problemen führen. Er erkundigte er sich nach der geplanten Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline und wie man beabsichtige, das Öl über das Kaspische Meer nach Baku zu bringen, von wo es dann durch diese Pipeline in die Mittelmeerregion transportiert werden könne. Abg. **Tapdig Kamalov** (Aserbaidschan) informierte darüber, dass ein Abkommen in Kraft sei, das Kasachstan die Benutzung der Pipeline gestatte. **Nurakhmetov** (Kasachstan) erklärte, Kasachstan sei das einzige Land in Zentralasien, das Kontakte zur NATO aufzubauen versuche. Es leiste so einen Beitrag zur transatlantischen Zusammenarbeit und zum Kampf gegen den Terrorismus. Kasachstan werde immer auch mit Russland verbunden bleiben, das für Kasachstan weiterhin einen wichtigen strategischen Partner darstelle. Abg. **Emin Bilgiç** (Türkei) war der Auffassung, dass die Sicherung der Erdölexporte wichtig sei und daher alle Optionen offen gehalten werden müssten. Wichtig sei außerdem, nicht alle Minderheiten in Kasachstan, die ihre Bürger- und Menschenrechte einforderten, als Extremisten zu bezeichnen. Der Berichtsentwurf solle sich daher eingehender mit dem religiösen Wiedererwachen in Kasachstan und Zentralasien beschäftigen.

VI Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Minderheiten im Südkaukasus: Faktor der Instabilität?“, vorgelegt von Abg. Bert Middel (Niederlande)

Der von Berichterstatter Abg. **Bert Middel** vorgestellte Bericht befasste sich u. a. mit den Lebensbedingungen der Minderheiten in der Kaukasusregion und gab einen Überblick über das Konfliktpotential und die Instabilität, die sich aus ihren Interaktionen mit Mehrheitsgruppen

und benachbarten Staaten ergeben. Das Leiden der Menschen in dieser Region sei an der Weltgemeinschaft fast vorbei gegangen, die Lage dort sei jedoch eine starke Bedrohung, die alle betreffe. Die Staaten der Region seien um eine Verbesserung der Beziehungen bemüht, aber die Konflikte bestünden weiter. Die ethnischen Minderheiten würden oft ferngehalten von der politischen Ebene, vom Rechtsstaat usw. Georgien sei das Land mit der größten Zahl ethnischer Minderheiten, Armenien sei hingegen ein fast monoethnisches Land.

Diskussion

Abg. **Wolodimir Zaplatynskyi** (Ukraine) verwies darauf, dass das gegenwärtige Verhältnis zwischen Abchasien und Ossetien der Hauptfaktor für die Bedrohung der Region sei. Er sei der Auffassung, dass Instabilität nicht zwangsläufig mit Minderheiten in Verbindung gebracht werden sollte, sondern eher mit internationalen Akteuren, die eigene, vor allem profitsichernde Interessen verfolgten. Es gehe um große Besitztümer von Politikern in Abchasien, deren Verlust sie fürchteten. Dieser Aspekt sei in den Bericht mit aufzunehmen. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) schlug vor, dem Bericht eine Karte beizufügen. Der Berichterstatter erklärte, dass es schwierig sei, eine Karte zu finden, auf die sich beide Parteien verständigen könnten. Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) äußerte die Auffassung, dass der Bericht nicht genug auf das ungeheure Ausmaß der Probleme eingehe und nicht wage, potentielle Lösungen aufzuzeigen. Natürlich könne man langjährige Konflikte nicht in kurzer Zeit lösen, dafür brauche es Geduld. Mediation solle von den betroffenen Ländern als etwas Positives angesehen, Hilfestellung bei der Entwicklung von Lösungsinstrumenten angenommen werden. Dazu sei es auch hilfreich, dass bestimmte Länder den OSZE-Haushalt nicht blockieren. Abg. **Mher Shahgeldyan** (Armenien) sah den Bericht als sehr wichtig für Armenien an und zeigte sich erfreut, dass der Ausschuss sich bereits das zweite Mal mit der Region beschäftige. Inzwischen habe es Veränderungen gegeben, die sich auch in der Überarbeitung des Berichts niederschlagen sollten, z. B. ein 2004 verabschiedetes Zivildienstgesetz. Für die gemeinsame Arbeit sei es wichtig, die Region vor Ort zu besuchen und mit den Menschen zu sprechen. Abg. **George Arveladze** (Georgien) bekräftigte Georgiens Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Berichterstellung. Er informierte darüber, welche Schritte Georgien unternommen habe, um lokale Konflikte zu lösen. So gebe es im Fernsehen Programme in abchasisch und ossetisch, die Interessen dieser Gruppen würden im Kabinett durch Minister und stellvertretende Minister sowie hohe Beamte vertreten, es seien beträchtliche Haushaltsmittel zur Entwicklung der Region bewilligt worden. In einem Friedensplan sei vorgeschlagen worden, für Süd-Ossetien ein hohes Maß an Autonomie vorzusehen. Abg. **Emin Bilgiç** (Türkei) schlug vor, im Hinblick auf die islamistisch-extremistische Gruppen auch ein Kapitel über christlich-extremistische Gruppen in den Bericht einzufügen. Abg. **Andrey Zhukov** (Russland) vertrat die Auffassung, dass die wirtschaftliche Lage nicht genügend berücksichtigt worden

sei. Bei der Entwicklung einer „roadmap“ könne man Modelle berücksichtigen, die es z. B. in Russland schon gebe. Es gebe keinen anderen Weg zur Lösung der separatistischen Bewegungen als der Bevölkerung befriedigende wirtschaftliche und soziale Bedingungen zu bieten.

IX Personalia

Die Ausschussmitglieder wählten Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) zum neuen Generalberichterstatter.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Unter dem Vorsitz von **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) trat der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie am 29. Mai 2005 zusammen. Die Ausschussmitglieder befassten sich mit drei Berichtsentwürfen, und zwar dem Generalbericht zum Thema „Die Sicherheit von massenvernichtungsfähigem Material in Russland“ von Pierre Claude Nolin (Kanada), dem Sonderbericht über „Klimaveränderungen in der Arktis: Herausforderungen für die nordatlantische Gemeinschaft“ von **Pierre Claude Nolin** (Kanada) sowie dem Bericht über die „Sicherheitsimplikationen der Nanotechnologie“ von **Lothar Ibrügger** (Deutschland).

Ferner befassten sich die Ausschussmitglieder mit Vorträgen von Lars-Otto Reiersen zu Klimaveränderungen in der Arktis und den Ergebnissen des „Arctic Monitoring and Assessment Programme“ sowie von **Dorijan Marsic**, dem Direktor des „International Trust Fund for Demining and Mine Victims Assistance“, zum Thema „Minenräumung in Südosteuropa: Auswirkungen auf die Gesellschaft und technische Möglichkeiten“ und letztlich einem Vortrag von **Anne Suotula**, Mitarbeiterin im NATO-Hauptquartier beim „Trust Fund for the destruction of anti-personnel landmines in Serbia and Montenegro“.

Generalberichterstatter **Claude Nolin** (Kanada) stellte seinen Generalbericht über die „Sicherheit von massenvernichtungsfähigem (WMD) Material in Russland“ vor. Dabei betonte Nolin, dass dieses Problem angesichts der ständig wachsenden terroristischen Bedrohung von erst-rangiger Bedeutung sei. Nicht nur Russland, sondern die internationale Gemeinschaft insgesamt müsse ihre Anstrengungen zur Sicherung des WMD-Arsenals deutlich verstärken; als Hauptprobleme nannte er dabei den unzureichenden Zugang zu bestimmten Anlagen, die nur sehr schleppend vorangehende Vernichtung chemischer Waffen, mangelnde Transparenz bei den biologischen Waffen und die zunehmend schlechter werdenden Lebensbedingungen für Wissenschaftler, die in diesem Bereich tätig waren. Im Anschluss an seinen Bericht bat der Ausschussvorsitzende seine Kollegen um Fragen und Kommentare. Als erster kritisierte Abg. **Yuliy Kvitsinskiy** (Russland), dass der Bericht sehr einseitig einen Aspekt eines weltweiten Problems widerspiegeln. Nationale Sicherheitserwägungen begrenzen natürlich das Ausmaß von Transparenz, zu der Russland bei den Massenvernichtungswaffen bereit sein könne.

Abg. **Theo Maissen** (Schweiz) berief sich auf eine Sitzung in Moskau und gab zu bedenken, dass für die Beseitigung chemischer Waffen ein strikter Zeitplan erforderlich sei; ferner erforderten diese Waffen ein hohes Maß an technischem Know-how. **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) ergänzte, dass ihr Land bei der praktischen Hilfestellung für Russland eine führende Rolle spiele. Abg. **Anatoly Semenchko** (Russland) kritisierte, dass in Absatz 41 des Berichtes sich unberechtigte Anschuldigungen bezüglich Russlands Nichtbeachtung von Konventionen befänden. Seiner Meinung nach habe Russland der internationalen Staatengemeinschaft hinreichenden Zugang zu seinen Einrichtungen gewährt.

Anschließend folgte ein Vortrag von **Lars-Otto Reiersen** über die „Klimaveränderungen in der Arktis und deren Auswirkungen“. Zunächst skizzierte Reiersen die Aktivitäten der acht arktischen Anrainerstaaten und des arktischen Rates, wobei er eine Initiative, nämlich das „Arctic Monitoring and Assessment Programme“, eingehend erläuterte. Ziel und Zweck dieses Programms sei die Beratung der Regierungen über mögliche Bedrohungen der arktischen Region durch Umweltverschmutzung und weitere Faktoren. Zusammenfassend warnte Reiersen davor, dass die Erwärmung der Arktis im 21. Jahrhundert eine rasante Beschleunigung erfahren könnte mit negativen Auswirkungen für die gesamte Weltgemeinschaft.

Daran anknüpfend legte der **Generalberichterstatter** seinen Sonderbericht über „Klimaveränderungen in der Arktis: Herausforderungen für die nordatlantische Gemeinschaft“ vor. Schwerpunkt des Berichts sei die abrupte Klimaveränderung, die unmittelbare Risiken für die globale geopolitische Stabilität impliziere; und zwar Verknappung von Wasser und Lebensmitteln, pandemische Seuchen, Bevölkerungswachstum und Umweltkatastrophen. Schneller als andere Regionen erwärme sich die Arktis und das werde Konsequenzen überall auf der Welt haben. So würden z. B. Küstenländer verstärkt starken Stürmen ausgesetzt; ferner führe das Schmelzen des Permafrosts zu Schäden bei Bauwerken und Straßeninfrastrukturen. Nicht zu vergessen sei die Nahrungskette in arktischen Gewässern; die Verteilung und auch die Art der Fischbestände ändere sich. Das Abschmelzen der Eisflächen könne zu einem Anstieg des Grundwasserspiegels führen, was z. B. Länder und Regionen wie Florida oder Bangladesch ernsthaft bedrohen könne.

In der anschließenden Diskussion unterstrich Abg. **Kjetil Bjoerklund** (Norwegen), dass die globale Erwärmung das wichtigste Problem auf der Tagesordnung seines Ausschusses sei. Abg. **Helmut Rauber** (Deutschland) ermunterte seine Ausschusskollegen, sich noch einmal der Kernenergie angesichts der Gefahr durch die globale Erwärmung zuzuwenden. Abg. **Dzintars Rasnacs** (Lettland) wollte wissen, wie sehr sich der Grundwasserspiegel in der Ostsee in den kommenden Jahrzehnten verändern werde, worauf Reiersen antwortete, dass der Durchschnittsanstieg bei etwa 3 mm pro Jahr liege. Abg. **Theo Maissen** (Schweiz) ergänzte, dass es auch in den Alpen vergleichbare Entwicklungen gäbe und bat bei der Fortschreibung des Berichts um klarere Angaben darüber,

wie geeignete Gegenmaßnahmen aussehen könnten. Dabei solle auch berücksichtigt werden, dass einige bedeutende NATO-Mitgliedsländer das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet hätten und fragte den Berichterstatter, ob es nicht sinnvoll sei, den Bericht über alternative Energien um die Auswirkungen von Kohlendioxid zu ergänzen. Der Berichterstatter entgegnete darauf, dass man sich im Ausschuss mit dem Kyoto-Protokoll und den angerissenen Fragen bereits befasst habe und der vortragende Reiersen erwiderte, dass die Weltgemeinschaft sich im Großen und Ganzen darauf geeinigt habe, in den kommenden Jahren die Emissionen auf 60 Prozent zurückzuführen, was in seinen Augen schon ein guter Anfang sei. Auch **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) vermisste in dem Bericht Lösungsvorschläge; der Berichterstatter stellte in Aussicht, diese in seinem Bericht im Herbst anzubieten. Abg. **James Oberstar** (Vereinigte Staaten) stellte zunächst klar, dass er mit den Auffassungen der Bush-Regierung überhaupt nicht einverstanden sei, und bat darum, in dem Schlussbericht auf Erkenntnisse von Prof. Paul Epstein von der Harvard-Universität einzugehen, der krankheitsbedingte Konsequenzen der globalen Erwärmung wissenschaftlich nachgewiesen hätte.

Abg. **David Anderson** (Kanada) gab zu bedenken, dass das Beharren auf dem Kyoto-Protokoll in seinen Augen zu rückwärts gewandt sei und bat seine Ausschussskollegen sich der Zukunft zuzuwenden. Unter Hinweis auf den britischen Außenminister Jack Straw gab er zu bedenken, dass, so lange Amerika nicht zu einem internationalen Konsens zurückfinde, es wohl schwer vorstellbar sei, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen. In diesem Sinne mögen seine Ausschussskollegen nicht Dinge kritisieren oder an den Pranger stellen, die bereits abgehakt seien. Dem schloss sich der Sonderberichterstatter an und vertrat die Auffassung, dass es bei dem Bericht nicht um eine Art „Tribunal“ des Kyoto-Protokolls gehe. Vom Sonderberichterstatter darum gebeten, sagte **Reiersen** bei seinem Abschlussstatement: Die internationale Gemeinschaft sollte einen positiven Ansatz bei den Verhandlungen nach Kyoto wählen. Abschließend betonte er, wie wichtig es sei, mehr Geld für Forschung und Entwicklung im Bereich Klimaforschung auszugeben.

Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) stellte seinen Berichtsentwurf zu den Sicherheitsimplikationen der Nanotechnologie vor. Diese neue Technologie werde von vielen Experten als ein riesiger technologischer Sprung bewertet. Von der Nanotechnologie seien praktisch alle Lebensbereiche betroffen, nicht nur die Bereiche Verteidigung und Sicherheit. Dank der Nanotechnologie könnten Materialien auf Größe von Atomen und Molekülen reduziert werden. Diese noch sehr junge, in den Kinderschuhen steckende Technologie könnte eines Tages dazu führen, die Energie und Umweltprobleme der Welt zu lösen oder sogar Armut dauerhaft zu bekämpfen. Die militärischen Anwendungen seien nicht zu unterschätzen, zumal ein Großteil der Forschung und Entwicklung gerade im militärischen Bereich erfolge. Als Anwendungsbereich nannte Ibrügger die Entwicklung von Systemen, die der Soldat am Körper trage: leichte, robuste und widerstandsfähigere Materialien, ausgefeilte elektronische Geräte für

den militärischen Einsatz und effizientere, sehr handhabbare Waffen. Laut Auffassung zahlreicher Wissenschaftler könnte die Nanotechnologie zu einer deutlichen Veränderung der Machtbalance führen. Nicht zu vergessen sei der Einsatz von Nanotechnologie für neue Mechanismen und Geräte zur inneren Sicherheit durch nanotechnologiebasierte Sensoren und Detektoren. Zusammenfassend betonte der Berichterstatter die Notwendigkeit, diese neue Technologie sehr ernst zu nehmen und auf politischer Ebene mögliche Vorkehrungen gegen Missbrauch der Nanotechnologie in Erwägung zu ziehen.

Anschließend berichtete **Dorijan Marsic** (Direktor des „International Trust Fund for Demining and Mine Victims Assistance“ (ITF)) über die gesellschaftlichen Auswirkungen und technischen Möglichkeiten bei der Minenräumung in Südosteuropa. Die ITF sei eine slowenische gemeinnützige Organisation, die Bosnien und Herzegowina, Albanien, Kroatien, Mazedonien und Serbien und Montenegro bei ihren Bemühungen um Minenräumung und Hilfe für Minenopfer unterstütze. Auch im Südkaukasus und Zypern sei die ITF aktiv und habe bis April 2005 von insgesamt 24 Ländern, der EU sowie weiteren 33 Organisationen und privaten Firmen über 163 Millionen US-Dollar eingeworben.

Daran anschließend berichtete **Anne Suotula** über das Trust-Fund-Projekt zur Zerstörung von Antipersonen-Landminen in Serbien und Montenegro, ein von der NATO durchgeführtes Programm. Dieser Trust Fund arbeite in zwei Bereichen, zum einen bei der Unterstützung der PfP-Länder in dem Vernichten ihrer Antipersonen-Landminen, ihrer überschüssigen Munition und ihrer Kleinwaffen und zweitens bei der Unterstützung ihrer Partnerländer, wenn sie mit den Konsequenzen von Reformen im Verteidigungsbereich zu tun haben. Der NATO-Stab gewähre dabei Unterstützung und Beratung. Die Projekte seien multinational angelegt, eine der beteiligten Nationen werde stets mit der Projektsteuerung beauftragt.

In der Diskussion zu beiden Vorträgen wollte Abg. **Guido Brignone** (Italien) gerne Einzelheiten zu den Kosten der Minenräumung und zu der Koordination unter den verschiedenen Organisationen erfahren. Was die Kosten anbelange, so seien sie angesichts des Wettbewerbs deutlich gesunken, eine formale Koordinierung der verschiedenen, mit Minenräumaktionen befassten Organisationen bestehe hingegen nicht. Abg. **David Oberstar** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach der Entwicklung neuer Techniken zum Aufspüren von Minen, insbesondere der Einsatz von Bienen. **Dorijan Marsic** erläuterte dazu, dass Experimente unter Einsatz von Bienen, Pflanzen und Bakterien momentan geprüft würden. Auf die Frage von Abg. **Harry Cohen** (Vereinigtes Königreich), ob die ITF auch im Irak tätig sei, antwortete er, dass die ITF kurzfristig keine Pläne im Irak habe, allerdings durchaus bereit sei, an Ausbildungsprogrammen außerhalb des Iraks mitzuwirken. Abg. **Theo Maissen** (Schweiz) würdigte zwar die Arbeit der Organisationen bei der Minenräumung, plädierte aber grundsätzlich für ein generelles Verbot von Minen und für einen Produktionsstopp. Zuletzt beantwortete

tete **Marsic** die Frage von Abg. **Mostefa Khia**r (Algerien) über das Problem von Minen, die sich aufgrund von Naturereignissen, wie z. B. Überflutungen oder Erdbeben, nun verschoben hätten. Dies, so **Marsic**, seien besonders gefährliche Situationen, bei denen nur ein Screening unter Einsatz von Hunden oder auch Menschen möglich sei.

Zum Ende der Sitzung skizzierte der Vorsitzende noch die Aktivitäten des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie für die zweite Hälfte des Jahres an dankte allen für ihre aktive Mitwirkung.

Ständiger Ausschuss (SC)

Weil der Präsident der NATO-PV, **Pierre Lellouche** (Frankreich), wegen des Referendums in Frankreich an der Vormittagssitzung verhindert war, wurde sie vom Vizepräsidenten der Versammlung, Abg. **Bert Koenders** (Niederlande), geleitet. Nach einem herzlichen Dankeschön an die slowenischen Gastgeber erteilte Koenders das Wort an **Pierre Kommes**, Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses der NATO.

Was die Finanzplanung der NATO-PV, ihr Finanzgebaren insgesamt anbelange, stellte Kommes eine deutliche Verbesserung dahingehend fest, dass die Effizienz des Finanzmanagements und die Transparenz der finanziellen Vorgänge deutlich gesteigert worden sei.

Daraufhin dankte der Schatzmeister der Versammlung, Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland), Pierre Kommes und erinnerte die Mitglieder daran, dass der Ständige Ausschuss für die Bewilligung der Arbeitspläne der NATO-PV-Aktivitäten gemäß Artikel 12 der Geschäftsordnung zuständig sei.

Anschließend bat **Ibrügger** den Ausschuss, die Grundsätze für die Organisation von Treffen zu verabschieden und unterstrich, dass, wenn Besuche kurzfristig abgesagt würden, der absagenden Delegation die entstandenen Dolmetscherkosten und die Anmietung von technischem Gerät in Rechnung gestellt würden.

Der NATO-PV-Haushalt für das Jahr 2006 sei erstmalig ein Haushalt mit Beiträgen aller 26 Mitgliedstaaten und der Verteilerschlüssel richte sich nach dem Bruttosozialprodukt jedes Mitgliedslandes. Angesichts der angespannten Haushaltslage in vielen Mitgliedsländern habe er als Schatzmeister große Mühe darauf verwendet, den neuen Haushalt so sparsam wie möglich anzusetzen; die veranschlagten Mittel reichten aus, um die bestehenden Verpflichtungen zu erfüllen. Der Schatzmeister ermahnte jedoch seine Kollegen, dass jede neue Initiative, jedes zusätzliche Vorhaben sowohl personelle als auch finanzielle Konsequenzen haben werde. Aus diesem Grunde sei eine Prioritätensetzung unverzichtbar.

In der anschließenden Diskussion gab es von Seiten der Niederländer, aber auch aus dem Vereinigten Königreich und Italien deutliche Mahnungen, was die Kernaktivitäten der NATO-PV anbelangt. Diese seien nach wie vor die Ausschussreisen sowie die Frühjahrs- und Herbsttagungen. Es solle auf jeden Fall vermieden werden, dass

die Versammlung sich in zu vielen Aktivitäten verzettele. Insbesondere der Delegierte aus dem Vereinigten Königreich bemerkte kritisch – und bedauerte die Abwesenheit von Präsident Lellouche –, dass viele zusätzliche Aktivitäten, insbesondere die vielen Präsidentenreisen, finanziell und personell die NATO-PV bis aufs Äußerste strapaziere.

Lob erntete der Schatzmeister von allen Seiten für seine sachgerechte Finanzpolitik. Zusätzlich unterstrich der Vertreter Kanadas die Forderung des Schatzmeisters nach klaren finanziellen Vorgaben und der Fokussierung auf die Arbeit der Ausschüsse und Unterausschüsse der Versammlung.

Zusammenfassend stellte Vizepräsident **Bert Koenders** fest, dass es einen Konflikt gebe zwischen den finanziellen Rahmenbedingungen und den politischen Bestrebungen. Angesichts dessen sei es zwingend, zusätzliche Aktivitäten zu begrenzen. Dieser Auffassung schlossen sich die Ausschussmitglieder an.

Der inzwischen eingetroffene Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich) übernahm den Vorsitz im Ständigen Ausschuss und rief den Tagesordnungspunkt „Dauer der Mandate von Ausschussvorsitzenden bzw. -berichterstatern“ auf. Diesem voraus schickte **Lellouche** einige persönliche Anmerkungen zum negativen Ausgang des Referendums in Frankreich. Dabei bemerkte er, dass das Ergebnis eher auf innenpolitische, wirtschaftliche Faktoren sowie auf das Fortleben einer sehr großzügigen Sozialstruktur zurückzuführen sei als auf eine Ablehnung des Verfassungsvertrages an sich. Seiner Einschätzung nach führe das Referendum zu einem politischen Wettbewerb und zu Spaltungen innerhalb der Linken wie auch der Rechten. Abschließend äußerte er die Vermutung, dass, hätten andere europäische Länder auch eine Volksbefragung durchgeführt, diese möglicherweise ähnlich negativ ausgegangen wäre.

Sehr unterschiedliche Auffassungen prallten aufeinander in der Diskussion über die Länge der Mandate, sowohl im Präsidium der Versammlung wie auch bei ihren Ausschüssen. Zum einen gab es Stimmen, die bei beiden Teilen gleich lange Mandate sehen wollten, zum anderen gab es Wünsche, angesichts der deutlichen größeren Zahl von Mitgliedern eine gerechtere Verteilung dadurch herbeizuführen, dass die Mandatszeit verkürzt werden solle. Insgesamt kam es zu keiner einheitlichen Meinungsbildung und der Präsident schlug deshalb vor, sich in nicht allzu ferner Zukunft mit diesem Thema erneut zu befassen.

Zum **Status von Nichtmitgliedparlamenten** fasste der Ständige Ausschuss die folgenden Beschlüsse: Einstimmig wurden Jordanien und Israel als mediterrane assoziierte Mitglieder akzeptiert, ebenso wurde dem palästinensischen Legislativrat parlamentarischer Beobachterstatus einstimmig zugewilligt. Der Vorschlag zum Status der parlamentarischen Versammlung des Europarates wurde ohne Gegenstimmen angenommen. Der Vorschlag, dem Europäischen Parlament Assoziiertenstatus zu verleihen, fand hingegen bei den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses keine deutliche Zustimmung, so dass der Präsident vorschlug, sich dieser Frage in sechs Monaten erneut zuzuwenden.

Zum Tagesordnungspunkt „Prioritäten und Aktivitäten der Versammlung“ fasste Präsident **Lellouche** die Aktivitäten zusammen, die er seit seiner Wahl in dieses Amt unternommen hatte. Dazu gehörten Wahlbeobachtungsmissionen in der Ukraine, Besuche in Polen, Afghanistan und Israel. Zukünftig wolle er in den Südkaukasus, in die Vereinigten Staaten, nach Darfur, in den Irak und nach Zentralasien reisen. Sollten seine Kollegen jedoch den Eindruck gewonnen haben, er unternehme zu viele Reisen, dann wolle er auch gerne zurückstecken.

Ergänzend fügte Generalsekretär **Lunn** hinzu, dass Wahlbeobachtungsmissionen normalerweise unter dem Schirm anderer Organisationen, wie z. B. der OSZE, stattfänden. Was nun die Wahlen in Palästina anbetreffe, sei sicherlich die Europäische Union die Dachorganisation dafür. Mitglieder der Versammlung könnten nur dann an einer Wahlbeobachtung teilnehmen, wenn sie unter dem Schirm einer anderen Organisation als der NATO-PV stattfinde. Das gleiche gelte für die Wahlbeobachtung in Afghanistan, wo man auf die Infrastruktur der NATO hoffe.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurden britischerseits Bedenken angemeldet, was die Häufigkeit von Reisen anbetreffe, die möglicherweise in Konkurrenz zu Ausschussaktivitäten stehe. Dies nahm Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) zum Anlass, auf die Bemerkungen am Vormittag, als der Präsident noch nicht zugegen war, zurückzukommen; zusammenfassend habe der Ständige Ausschuss beschlossen, die Extraaktivitäten stärker zu limitieren und sei übereinstimmend zu der Auffassung gelangt, dass es ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen der Ausschussarbeit und den Aktivitäten von Sondergruppen, wie auch Präsidentenbesuchen und Seminaren, geben solle. Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich) forderte seine Kollegen daraufhin auf, ihm mitzuteilen, welche Aktivitäten er aus seinem Programm streichen solle.

In die sehr emotional geführte Debatte griff der Leiter der deutschen Delegation, Abg. **Markus Meckel** (Deutschland), mit den Worten ein, dass es sich nach seiner Auffassung um eine unglückliche Diskussion handele. Der Kostenaspekt und auch die Prioritäten der Versammlung sollten zunächst erst einmal im Büro diskutiert, eine Koordinierung mit den Ausschüssen sollte dort vorbesprochen werden. Angesichts der begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen plädierte er für eine strategische Vision und für präzise Regeln hinsichtlich der Reisen des Präsidenten. Es könne – so **Meckel** abschließend – jetzt allerdings nicht darum gehen, dass der Ständige Ausschuss Aktivitäten streiche, für die bereits Vorkehrungen getroffen worden seien.

Unterstützung erfuhr Abg. Koenders von kanadischer Seite, die seine Zusammenfassung der Einschätzung der einzelnen Mitglieder des Ständigen Ausschusses als sehr geeignet betrachtete, dann jedoch unterstrich, dass Kritik nicht einzelnen geplanten Aktivitäten gelte, sondern auf der Befürchtung fuße, dass die Aktivitäten des Präsidenten die natürliche Priorität der Ausschüsse und Unterausschüsse in Frage stellen könnte.

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses kamen überein, das Büro mit den gestellten Fragen zu befassen.

Der Ständige Ausschuss verabschiedete sowohl den Entwurf einer Erklärung zu Usbekistan wie auch zu Darfur; beide Entwürfe sollten dem Plenum zur Billigung unterbreitet werden.

Abschließend nannte der Präsident die Austragungsorte für die nächsten Frühjahrs- und Herbsttagungen der Versammlung und dankte den Mitgliedern für ihr Engagement und für die angeregte Diskussion. Damit schloss er die Sitzung.

Plenarsitzung

Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Pierre Lellouche (Frankreich)

Präsident **Lellouche** eröffnete die Sitzung, und mit einer kurzen Filmsequenz gedachten die Mitglieder der Versammlung des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 60 Jahren.

In seiner Ansprache betonte Präsident **Lellouche**, das Bündnis habe nach dem Ende des Kalten Krieges tiefgreifende Veränderungen erfahren und sich neuen Herausforderungen stellen müssen. Die Strategie der Erweiterung um neue Mitglieder sei erfolgreich für die Stabilität der Allianz gewesen. Als weiteren Aspekt der Entwicklung sehe er die Veränderung in den Aufgaben, die neue Art der Missionen in Afghanistan, dem Irak, in Kürze in Darfur und möglicherweise auch im Nahen Osten. Er sprach die Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika an und setzte sich für verstärkte Kontakte auf allen Ebenen aus. Ergänzend wies er auf den Berichtsentwurf des Generalberichterstatters des Politischen Ausschusses zum Fortbestehen der Allianz hin und erklärte, er erwarte voller Spannung dessen Endfassung. Für ihn hätten die transatlantischen Beziehungen eine Schlüsselrolle und daher werde er sich auch persönlich für die Intensivierung und Pflege der Kontakte einsetzen.

Durch die veränderten Grenzen der Allianz habe der Balkan an Bedeutung gewonnen. Auch zukünftig werde die Region eine besondere Priorität in der Arbeit der Versammlung haben, der man auch durch verschiedene Besuche noch in diesem Jahr Ausdruck verleihen wolle. Er bezog sich auf den „Membership-action-plan“ und erklärte, die Länder Albanien, Mazedonien und Kroatien würden intensiv daran arbeiten, Mitglieder zu werden. Auch für andere Länder der Region sei später eine Mitgliedschaft denkbar.

Ein besonderes Anliegen der Allianz sei der Einsatz für Demokratisierung. Beglückwünschen könne sie sich daher zu ihrer Rolle als Beobachter bei den demokratischen Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im letzten Jahr. Ausdrücklich dankte Lellouche Bruce George (Vereinigtes Königreich) für seinen unermüdlichen Einsatz als Leiter der Delegation bei allen drei Wahlgängen. Hingegen sei in Weißrussland die Entwicklung gegenläufig. Daher solle im Herbst ein Informationsseminar durchge-

führt werden, an dem auch Repräsentanten der Opposition in Weißrussland teilnehmen würden. Für den weiteren Verlauf des Jahres plane er noch einen Besuch in der Kaukasusregion, der auch nach der Diskussion im Parlamentarischen NATO-Russland-Ausschuss eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden solle.

Abschließend informierte Präsident **Lellouche**, dass auf seine Initiative heute in der Sitzung die interaktive Präsentation „Black Dawn“ in einer Kurzfassung gezeigt werde. Die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen sei ein weltweites Problem und er appelliere an alle Parlamentarier, ihre Verpflichtung wahrzunehmen und darauf zu achten, dass die Regierungen sich mit diesem Problem beschäftigen.

Ansprache des Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Slowenien, H. E. France Cukjati

In seiner Rede führte Präsident **Cukjati** aus, nur mit Hilfe der transatlantischen Partner sei die Entwicklung seines Landes nach dem Zweiten Weltkrieg hin zu einem Mitglied in der NATO möglich gewesen. Slowenien werde als neues Mitglied auch seine Verantwortung im Bündnis übernehmen. Es gebe keine Alternative zur NATO, um sich gegen die aktuellen Bedrohungen zu schützen. Der Terrorismus sei der neue Feind des Bündnisses, und er sehe die internationale Zusammenarbeit auf der bilateralen und multilateralen Ebene als einzige Möglichkeit, um sich dagegen zu schützen. Die Gründe für Terrorismus müssten erkannt werden, um wirksam gegen ihn vorgehen zu können. Er betonte außerdem die besondere Rolle der Parlamentarischen Versammlungen als anerkannte Foren für den Gedankenaustausch; insbesondere die Parlamentarische Versammlung der NATO habe eine besondere Verantwortung, da sie sich mit den Fragen der internationalen Sicherheit beschäftige. Auch sei immer wieder die Verantwortung der Parlamentarier, die Aktivitäten der Regierungen kritisch zu überwachen und teilweise auch selbst aktiv zu werden, ein wichtiges Thema.

Präsident **Cukjati** erklärte, sein Land könne – verglichen mit den großen Mitgliedern der NATO – im Rahmen der Allianz nur einen sehr kleinen aktiven Beitrag leisten, der sich überwiegend auf friedenserhaltende Maßnahmen in Südosteuropa beschränke. Aber jede Erweiterung bedeute auch immer neue Mitgliedsländer, die für die gleichen Werte und Ziele, aus denen heraus das Bündnis gegründet wurde, stehen und diese auch verteidigen würden.

Zum Abschluss seiner Ausführungen erklärte er, das „Nein“ in Frankreich zum Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag sei keine Tragödie. An dem gemeinsamen Ziel und für die europäischen Ideale werde man weiter arbeiten.

Ansprache des slowenischen Außenministers, Dr. Dimitrij Rupel

Eingangs würdigte **Rupel** die Rolle der Parlamentarischen Versammlung der NATO für die Sicherheit Europas und der Welt. Die NATO-PV stehe für die gemeinsamen Werte: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zivile Kon-

trolle der Streitkräfte. Jedoch habe die neu gewonnene Freiheit ihren Preis, und zwar eine stete Wachsamkeit. Die Demokratie müsse wehrhaft bleiben und sich den aktuellen Bedrohungen, wie sie von den Schurkenstaaten oder auch terroristischen Gruppen erwachsen, zur Wehr setzen. Ausdrücklich lobte **Rupel** die neue Rolle Russlands für die NATO insgesamt. Angesichts der deutlich veränderten Lage in Europa und weltweit liege die Hauptaufgabe der NATO darin, nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus Stabilität und Demokratie zu fördern und einzufordern. Dabei agiere die NATO erfolgreich, z. B. bei der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. In diesem weit über das rein Militärische hinausgehenden Bezugsrahmen habe das Bündnis seine Rolle neu definiert; es verzahne sich zunehmend mit anderen Institutionen und wirke auch besonders im Bereich der menschlichen Dimension, wo es sehr engagiert sei, z. B. bei der Wahlbeobachtung in den jungen Demokratien, der Wahrung der Minderheitenrechte, bei der Bekämpfung des Menschenhandels, um nur einige Bereiche zu nennen. Ausdrücklich forderte **Rupel** eine Stabilisierung Osteuropas. Gerade im Kosovo müssten die Normen eingehalten werden. Abschließend bekräftigte **Rupel**, dass er einen multiethnischen Kosovo unterstütze.

Ansprache des slowenischen Premierministers Janez Janša

Schwerpunkt des Beitrages von Premierminister **Janša** war ein Rückblick auf die jüngere Geschichte seines Landes auf dem Weg in die westliche Staatengemeinschaft und die NATO. Mit dem Jahre 1991 sei in Slowenien die Hoffnung auf einen NATO-Beitritt geweckt worden, bis zum Ziel habe sein Land jedoch einen beschwerlichen Weg zurücklegen müssen. Währenddessen habe Slowenien sehr viel dazu gelernt; dazu zähle die Verinnerlichung der westlichen Werte: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte. **Janša** bedankte sich ausdrücklich für die Unterstützung, die sein Land dabei durch die Verbündeten erfahren habe. Gerade auch Nordamerika habe sein Land nach Kräften gefördert, ideell wie materiell. Weil er selber einige Jahre als politischer Verfolger in Haft gesessen habe, wie viele seiner Landsleute auch, unterstütze sein Land – wo auch immer in der Welt – den Kampf für Demokratie und Freiheit. **Janša** bewertete die NATO und auch die NATO-PV als einen sehr wirksamen Konsultationsrahmen. Entwicklungsmöglichkeiten für die Allianz sah er dahingehend, dass das Bündnis Synergien mit der Europäischen Union wie auch mit den Vereinten Nationen anstreben solle. Nachdrücklich forderte **Janša**, dass die NATO den Ländern, die auf den Weg zur Demokratie seien – Ukraine, Afghanistan und die Balkanländer –, weiterhin großzügig Hilfe und Unterstützung gewähren sollte.

Was die zukünftigen Aufgaben des Bündnisses anbelange, so begrüßte **Janša** die verstärkten Anstrengungen des Bündnisses bei der Terrorbekämpfung und bei seinen Bemühungen, Antworten auf die Bedrohung durch chemische und biologische Waffen zu finden. Ferner anerkannte er das Erfordernis, die Aufgaben des Bündnisses auf andere Regionen auszudehnen. Abschließend

begrüßte er die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO, sofern sie die erforderlichen Qualifizierungsschritte erfolgreich zurückgelegt hätten. In diesem Sinne würdigte der Premierminister die Rolle der NATO-PV bei der Demokratiebildung.

Diskussion

Die anschließende Diskussion leitete **Harry Cohen** (Verinigtes Königreich) mit der Frage ein, welches Wirtschaftsmodell – z. B. das sozialliberale – Slowenien für seine Entwicklung gewählt habe. Der **Premierminister** erwiderte, sein Land habe sich dadurch in einer günstigeren Lage als viele andere postkommunistische Länder befunden, dass es wirtschaftlich weiter entwickelt gewesen sei; die Regierung habe auf einer guten Basis schrittweise Reformen einleiten und die Wirtschaft so weit liberalisieren können, dass sich zahlreiche ausländische Investoren angesiedelt hätten. **José Lello** (Portugal) erkundigte sich nach einer möglichen jugoslawischen Nostalgie und der wieder aufkeimenden Verehrung Titos. Darauf entgegnete **Janez Janša**, das Bild über die Vergangenheit ändere sich ständig; die Älteren verklärten oft Vergangenes, viele von ihnen wünschten sich Tito zurück, die Jugend sei jedoch überwiegend zukunftsorientiert optimistisch gestimmt. Nach den Beziehungen zu Kroatien erkundigte sich Abg. **Aleksandrs Kirsteins** (Lettland). Darauf erwiderte **Janez Janša**, Slowenien habe mit Kroatien noch nie eine kriegerische Auseinandersetzung gehabt; insofern gäbe es auch keine offenen Rechnungen. Insgesamt unterstütze Slowenien uneingeschränkt den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union.

Ansprache des NATO-Generalsekretärs, Jaap de Hoop Scheffer

In seiner Ansprache nahm Generalsekretär **de Hoop Scheffer** nach einigen Worten über die Entwicklungen Sloweniens Bezug auf den „Membership-action-plan“ für die benachbarten Balkanstaaten. Die uneingeschränkte Zusammenarbeit der Länder mit dem Internationalen Strafgerichtshof sei eine notwendige Voraussetzung für weitere positive Entwicklungen. Das Engagement des Bündnisses auf dem Balkan bleibe bestehen, dessen Kernaufgabe bliebe weiterhin das Kosovo.

In Afghanistan sei die Ausweitung des Einsatzes auf weitere vier Provinzen in Vorbereitung, auch um die Parlaments- und Provinzwahlen im September zu unterstützen. Der Drogenanbau sei nach wie vor ein sehr großes Problem, weil viele Afghanen ihren Lebensunterhalt damit verdienten. Präsident Karsai habe auch um eine Verlängerung der Präsenz nach den Wahlen im Land gebeten. Man habe hierüber Einigkeit in der Allianz erzielen können. Von der Afrikanischen Union sei um Unterstützung in der Darfur-Region gebeten worden. Dieser wachsende operative Bedarf des Bündnisses mache eine Transformation zwingend notwendig, die Reform der Kommandostruktur und die Schaffung der Schnellen Eingreiftruppe alleine reichten noch nicht aus. Die Verteidigungsausgaben der Mitgliedsländer seien leider noch oft unzureichend und eine Modernisierung könne deshalb nur schleppend erfolgen.

Die Partnerschaft der NATO mit anderen Ländern müsse vertieft und erweitert werden, um den aktuellen Sicherheitsanforderungen gerecht werden zu können. Insbesondere zu Russland müssten die Beziehungen weiter ausgebaut werden, auch im Hinblick auf eine mögliche Mitgliedschaft der Ukraine im Bündnis. Die Ausweitung des Mittelmeerdialoges zeige erste gute Ergebnisse. Weitere Länder hätten ein großes Interesse an einem verstärkten Kontakt zur NATO, z. B. Australien und Japan.

Zum Stand des transatlantischen Dialoges erklärte er, es müsse zu einer echten strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und der EU kommen. Sie sei erreichbar und er werde als Generalsekretär intensiv darauf hinarbeiten. Ein verstärkter Realismus auf beiden Seiten des Atlantiks sei unbedingt notwendig.

Abschließend appellierte Generalsekretär **de Hoop Scheffer** an die Parlamentarier und bat um Unterstützung, damit die notwendigen militärischen Strukturen eingesetzt werden können. Positionen müssten ausgetauscht und dann müsse ein Konsens gefunden werden. Er warb für einen verstärkten Dialog zwischen den Parlamentariern und auch mit der Öffentlichkeit, um mit deren Unterstützung die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion sprach Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) die Einsätze des Bündnisses außerhalb des Vertragsgebietes an. Die Lehre, die aus den Vorfällen in Ruanda gezogen worden sei, müsse man sich immer wieder vor Augen führen. Schwierig sei zu entscheiden, wann man tätig werden müsse. Sei für einen Einsatz auch immer die Akzeptanz des Landes Voraussetzung? Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** erklärte, die Details für den Einsatz in Darfur seien noch nicht ganz klar, seine Vorstellungen sähen die Übernahme der Führung durch die Afrikanische Union und eine Ergänzung durch die NATO vor. Er sei aber froh darüber, dass die Regierung des Sudan sich endlich des Gedankens angenommen habe, dass die Afrikanische Union Unterstützung von außen benötigt, um Erfolg zu haben. Diese politische Überzeugungsarbeit sei auch ein Verdienst von Kofi Annan. Es habe trotzdem insgesamt zu lange gedauert, bis dieser Einsatz eingeleitet werden konnte.

Abg. **George Arveladze** (Georgien) betonte, das neue Sicherheitssystem im Kaukasus sei ohne die NATO nicht möglich gewesen, aber man benötige auch weiterhin deren Unterstützung. Er erbat eine Einschätzung zu den Fortschritten in Georgien in Richtung Mitgliedschaft in der NATO. Abg. **Victor Oszerov** (Russische Föderation) dankte für die Einrichtung des Parlamentarischen NATO-Russland-Rates und erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die Besuche dreier Ausschüsse in seinem Land. Ihn interessiere die Einschätzung des Generalsekretärs zu der Entwicklung der weiteren Zusammenarbeit. Vizepräsident **Jozef Banás** (Slowakei) hinterfragte nach dem negativen Votum in Frankreich zum Referendum die Entwicklung des zukünftigen Dialoges zwischen der NATO und der EU. Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer**

erklärte zusammenfassend, die Gespräche mit Russland sowie mit Georgien seien von großem Interesse und Ergebnisse in den kritischen Bereichen wichtig. Im Rahmen des NATO-Russland-Rates sei man auch in der Lage, politisch brisante Themen zu erörtern. Eine Überlegung für Russland könnte sein, an den Missionen im Kosovo und Darfur teilzunehmen. Man dürfe nicht davor zurückschrecken, die Debatte zu wichtigen Themen fortzusetzen, bei denen es unterschiedliche Meinungen gebe. Viele verschiedene Möglichkeiten bestünden, um die Zusammenarbeit auszubauen. Zum Ergebnis des Referendums betonte er, es läge im eigenen Interesse Europas, sich weiterzuentwickeln. Die Relevanz des Ergebnisses für die NATO sei eher gering.

Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, die Rückkehr der Flüchtlinge nach Darfur sei nicht ohne eine politische Lösung möglich. Die NATO habe daher sowohl militärische Aufgaben als auch solche von politischer Dimension. **Jaap de Hoop Scheffer** sah die Verantwortung für eine politische Lösung nicht bei der NATO, sondern bei den VN, der Afrikanischen Union und den Parteien.

Erklärungen zu Usbekistan und zu Darfur

Die Versammlung nahm per Akklamationen die vom Ständigen Ausschuss erarbeiteten Erklärungen zu Usbekistan (Anlage 1) und Darfur (Anlage 2) an.

Beobachterstatus für den Palästinensischen Legislativrat und die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Die Versammlung beschloss per Akklamation, beiden Organen den Beobachterstatus zu verleihen.

Präsentation „Black Dawn“

Im Rahmen der Plenarsitzung wurde die interaktive Präsentation „Black Dawn“ des Zentrums für Strategische und Internationale Studien (CSIS) und der „Nuclear Threat Initiative“ in einer Kurzfassung gezeigt. Hintergrund für diese Präsentation war die Darstellung praktikabler Handlungshinweise und Empfehlungen für die EU, NATO und Regierungen in Europa, um den Erwerb und den Einsatz von biologischem, chemischem oder nuklearem Material zu verhindern. Beraten wurden die Initiatoren von zahlreichen Terrorismus- und Massenvernichtungswaffenexperten, um eine Authentizität der fiktiven Szenarien zu erreichen.

Bei der interaktiven Präsentation ging es um eine Simulation von Entscheidungsfindungen sowohl vor als auch nach einem möglichen Terroranschlag. Es wurden kurze Video-Clips gezeigt, die dies veranschaulichen sollten. Darüber hinaus wurde mit Experten aus den Bereichen Wissenschaft und Politik über die Möglichkeiten einer Reaktion auf Bedrohungen diskutiert.

Im ersten Film ging es um einen vorgetäuschten Geheimdienstbericht, der die Information enthielt, die Gruppe El Kaida sei in den Besitz von angereichertem Uran gelangt

und plane einen oder mehrere nukleare Angriffe in den Vereinigten Staaten oder Europa. Im Anschluss an den Bericht wurden umfangreiche Hintergrundinformationen zu dem Themenkomplex gegeben. Die Schlüsselfragen in der Diskussion waren:

1. Was sollte getan werden, um unsere Kenntnisse zu erhöhen?
2. Was sollte unternommen werden, um den Einsatz des Materials oder den Anschlag insgesamt zu verhindern?
3. Welche Vorkehrungen müssen getroffen werden, um die Ausmaße eines Anschlages zu reduzieren?
4. Wie sollten die Maßnahmen international koordiniert werden?
5. Wer sollte darüber hinaus informiert werden?
6. Welche Informationen, wenn überhaupt, sollten öffentlich bekannt gegeben werden und durch wen?

Im zweiten Film ging es um die Darstellung eines terroristischen Anschlages in Brüssel und dessen Auswirkungen innerhalb eines Zeitraumes von 2 Stunden bis 7 Tagen. Entscheidende Fragen für die Diskussion:

1. Welches sind die ersten entscheidenden Schritte für das Krisenmanagement / den Katastrophenschutz?
2. Wie sollten die internationalen Maßnahmen koordiniert werden?
3. Was sollte der Bevölkerung mitgeteilt werden und durch wen?
4. Welche weiteren Maßnahmen sollten unternommen werden?

Für die Abschlussdiskussion wurden aufgrund der gewonnenen Erfahrungen acht Optionen vorgestellt, den Erwerb und Einsatz der Materialien durch Terroristen zu verhindern.

Die Schlussfolgerungen machten den bestehenden Handlungsbedarf und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit deutlich.

Diskussion

Betroffen von dem dargestellten fiktiven Szenario interessierten sich viele Abgeordnete dafür, wie man entgegen wirken könne, damit massenvernichtungswaffenfähiges Material nicht in falsche Hände gelange. So wollte Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) wissen, durch welche Maßnahmen eine Verbreitung dieser Waffen verhindert werden könne. Ferner interessierte ihn, wie man an den Universitäten und Forschungseinrichtungen ein Durchsickern von wissenschaftlichem und technischem Know-How verhindern könne. Abg. **Paolo Ricciotti** (Italien) zeigte sich beunruhigt über die vielen nicht identifizierten Fälle von Materialentwendung nicht nur in Russland, sondern auch in anderen Teilen der Welt. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) bemängelte an der Präsentation, dass sie nur sehr unzureichend auf die Auswirkungen dieses Anschlages auf die Infrastruktur und das öffentliche

Leben insgesamt eingehe. Um das Problem der Weiterverbreitung von für die Herstellung von für Massenvernichtungswaffen geeignetem Material anzugehen, so ein Experte, nachdem er präzisiert hatte, dass etwa die Hälfte dieses Materials aus hochangereichertem Uran bestehe, müssten die Geheimdienste stärker kooperieren, um so bessere Informationen über verloren gegangenes bzw. gestohlenen Material liefern zu können. Damit einhergehen müsse eine bessere Vernetzung mit Geheimdiensten anderer Länder. Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich danach, ob die Erstversorgung durch Ärzte bei der Notfallplanung optimal gewährleistet sei. Abg. **Helmut Rauber** (Deutschland) erläuterte in diesem Zusammenhang, dass in Deutschland gerade eine Debatte darüber stattfinde, ob auch die Bundeswehr bei Katastrophen und der Terrorbekämpfung im Inland zum Einsatz kommen solle. Abg. **Bert Middel** (Niederlande) bat um

Hinweise, wie man diese Katastrophe den Menschen mitteilen solle, ohne dadurch eine Panik hervor zu rufen. Ein Experte unterstrich in seiner Antwort, dass da noch sehr viel Arbeit zu leisten sei, gerade auf internationaler Ebene sei die Koordinierung und Informationsweitergabe überhaupt nicht geklärt. Darauf eingehend stellte Abg. **David Clark** (Vereinigtes Königreich) in Frage, ob ein internationales Herangehen überhaupt sinnvoll sei, ob es sich dabei nicht in allererster Linie um eine nationale Aufgabe handele, auf die man auch bestimmte Strukturen und Einrichtungen zuschneiden müsse.

Markus Meckel, MdB
Leiter der Delegation

Volker Bouffier,
Staatsminister
Stellvertretender Leiter
der Delegation

Anlage 1**Erklärung****betr: Usbekistan**

1. Die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der NATO sind äußerst beunruhigt und besorgt über die jüngsten Ereignisse in Usbekistan. Einmütig verurteilen sie den unangemessenen Einsatz von Gewalt durch usbekische Sicherheitskräfte gegen protestierende Oppositionelle sowie Zivilisten in Andijan.
2. Nachhaltig unterstützt die Versammlung die Forderung der Vereinten Nationen wie der NATO nach einer unabhängigen internationalen Untersuchung dieser Vorfälle. Die Versammlung fordert auch die usbeki-

sche Regierung eindringlich auf, eine solche Untersuchung zuzulassen und die internationalen Fachleute bei deren Durchführung zu unterstützen.

3. Für den Fall, dass die usbekische Regierung eine internationale Untersuchung ablehnt, empfiehlt die Versammlung:

- dass die Teilnahme Usbekistans am euro-atlantischen Partnerschaftsrat einer Überprüfung unterzogen wird

und

- alle NATO-Länder ihre Unterstützung für die usbekischen Streitkräfte einer Prüfung unterziehen und ggf. aussetzen.

Anlage 2**Erklärung****betr.: Darfur**

1. Die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der NATO sind äußerst besorgt über die in Sudans westlicher Region Darfur bestehende Sicherheitssituation, die von den Vereinten Nationen als schlimmste humanitäre Krise weltweit bewertet wird.
2. Die Versammlung begrüßt die Bemühungen in der Afrikanischen Union um die Beilegung des Konflikts in Darfur und unterstützt nach Kräften die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, dort Frieden zu schaffen.
3. Die Parlamentarische Versammlung der NATO unterstützt deshalb einmütig den Beschluss des Nordatlantischen Krates vom 24. Mai über erste militärische Optionen für eine mögliche Bündnisunterstützung bei der Mission AMIS II der Afrikanischen Union in der Darfur-Region.
4. Die Parlamentarische Versammlung der NATO ermutigt Europäische Union wie NATO, im Geiste der Kooperation und Komplementarität zusammen zu wirken, um die erforderliche logistische und finanzielle Unterstützung für Maßnahmen, wie z. B. beim strategischen Lufttransport, bei der Ausbildung zur Kommandoführung und -kontrolle, bei der Planung von Operationen sowie bei dem Einsatz von Aufklärungseinheiten und Polizei bereit zu halten.
5. In diesem Zusammenhang begrüßt die Versammlung die gemeinsame Erklärung des NATO-Generalsekretärs **Jaap de Hoop Scheffer** sowie des Hohen Vertreters der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik **Javier Solana** bei der Geberkonferenz in Addis Abeba, Äthiopien, der Vereinten Nationen – Afrikanischen Union, dass sowohl das Bündnis wie auch die EU bereit sind, gemeinsam mit anderen Partnern die Präsenz der Afrikanischen Union verstärkend zu unterstützen; die Versammlung fordert die rasche Umsetzung dieser Erklärung.

